

Zollkontrolle und keinen anderen ägrarischen Störungen unterworfen zu sein, am liebsten abzugeben, daß mitten durch Deutschland ein breiter Streifen fremden Hoheitsgebietes gelegt worden ist, von dem aus fremde Mächte eine ausgeproben feindselige Politik gegen das Reich und vor allem gegen das abgelehnte Ostpreußen betreiben. Sie meint, daß es schon ausreicht, das Korridorgebiet auf den Panbarten mit einem Streifenmaße zu versehen, um die deutsche Erregung besänftigen und die deutschen Ansprüche auf das entrittene Gebiet zufrieden stellen zu können.

Sie überläßt, daß von der vorgeschlagenen Schaffung des Korridorgebietes, die der Kernungsbildung der deutschen Grenzgebiete dienen soll, auf eine bewußte Zerstörung hinauslaufen würde, weil sie in dem über den tatsächlichen Sachverhalt sich nicht unterrichteten Betrachter der Karte, der an die herkömmlichen kartographischen Darstellungsmethoden gewöhnt ist, den solchen Eindruck hervorzufen würde, daß Deutschland im Korridor ähnliche Hoheitsrechte besitzt wie Polen oder daß zum mindesten die polnischen Hoheitsrechte im Korridorgebiet gegenüber Deutschland wesentlich einseitig wären. Das ist jedoch weder heute der Fall, noch sieht der Verbleib Frau Conrad Rasch eine derartige Beschränkung der polnischen Souveränitätsrechte vor. Selbst wenn man die Korridorfrage, wie sie ist, aus der Perspektive des Vergnügungsaufsuchenden betrachtet, ist die „Lösung“, die sie vorliegt, alles andere als zufriedenstellend. Sie denkt ausschließlich an den „privilegierten“ Grenzverkehr. Wie nun aber, wenn ein Reisender, der in einem privilegierten Korridorweg fährt und sich in Polen befindet, das Streifenkorridor-Rasch ein polnisches Visum befordert hat? B. in Dirschau ausreisen will? Das kann doch vorkommen, nicht wahr? Ist das einer, der zu seinen Vergnügen reist, nicht von Berlin nach Königsberg durchfahren will, sondern die Fahrt einmal an einer Stelle, die ihn interessiert, zu unterbrechen wünscht. Da muß er dann feststellen, daß ein Deutscher auf der Fahrt etwa von München nach Rom, also auf einer Strecke, die durch drei verschiedene Staaten führt, mehr Vergnügen empfindet, wenn er sich als einmal in Rom, als einmal in Königsberg, also von einer deutschen Stadt in eine andere, fährt. Wenn er in Dirschau ausreisen will, muß er u. a. ein polnisches Visum haben; wenn er aber nach Rom fährt, braucht er sich weder ein österreichisches noch ein italienisches Visum besorgen. Frau Conrad Rasch geht bei ihrem „Vergnügungsvorhaben“ von der Voraussetzung aus, daß einem Deutschen das, was zwischen Dirschau und Marienburg liegt, gar nichts angeht; er verlangt von dem Grenzverkehr, daß dieser für ihn nicht interessiert ist. Wenn ein Gütertransport durch den Korridor in dem erwähnten Artikel zwar nicht die Rede; aber man darf wohl annehmen, daß die Werksleiterin daran gedacht hat, daß nicht nur Menschen, sondern auch Waren ihren Weg durch den Korridor nehmen. Daran hat sie aber nicht gedacht, daß Ostpreußen nicht nur am Wirtschaftskreislauf mit dem übrigen Reich, also am Grenz, sondern auch am Güterverkehr mit dem entrittene Gebieten ein hohes Interesse besitzt. Dieser früher sehr lebhaft Austausch ist durch die Wegnahme Polens und

Pommerellen auf gut nie ganz aufgehoben worden und kann auch durch eine ideale Ausgestaltung des Grenzverkehrs nicht ersetzt werden. Polen und Pommerellen sind für Ostpreußen heute verkehrsmäßig tote und wirtschaftlich feindselige Gebiete geworden. — Doch allezeit ist Frau Conrad Rasch von der „Vorteilhaftigkeit“ ihres Kaufes so sehr überzeugt, daß sie ihren Artikel im „Polen-„America“-Magazin mit der stillschweigenden Zustimmung des Korridor auf die von ihr bezeichnete Weise „für wohl die Herrliche zu einem neuen und modernen Studien“ werden könnte.

Sie ist sich auch der Frage des Korridorabtritts an Deutschland ausdrücklich ab; vor allem deshalb, weil sie den Korridor im Sinne des 13. der 14 Punkte Wilsons für ein „unbestreitbar polnisches Land“ hält. Senator Vorah hat in vergangenen Jahre dem polnischen Seheindem in Washington auf dessen Bemerkung, daß der Korridor heute zu 100 v. H. von Polen bewohnt sei, geantwortet, daß der Korridor wohl bald eine zu 100 v. H. polnische Bevölkerung aufweisen könnte, wenn Polen seine bisherige Zuwanderungspolitik fortsetzen würde. Diese Antwort Vorahs, die ihm zweifellos nicht unbekannt ist, hätte Frau Conrad Rasch darauf aufmerksam machen müssen, daß es mit der polnischen Bevölkerungszunahme in Pommerellen keine besondere Bewandnis hat. Sie scheint sich aber um die gewalttätige Entdeutschungspolitik der Polen, auf die Senator Vorah angespielt hat, nur wenig zu kümmern. Es wird gerade bei einer Frau, die sich auf sojalem Gebiete betätigt, doch recht merkwürdig an, wenn sie es mit ihrem eigenen Lande so wenig zu tun hat. — Die polnische Bevölkerung im Korridorgebiet das Landrecht, das die Grenzpolitik der Polen Hunderttausenden von Deutschen angetan hat, hilflosgegenüber übergeben, und wenn sie kein Wort der Kritik dafür findet, daß der von Wilson vertretene Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Versailles verlegt und durch ein Gewaltakt ersetzt worden ist, das der Bevölkerung Polens und Pommerellens die Möglichkeit nahm, über ihr politisches Schicksal selbst zu entscheiden. Darüber aber, daß eine Volksbefragung im Korridorgebiet vor dreizehn Jahren eine Mehrheit für Deutschland ergaben hätte, besteht gar kein Zweifel. Das Gefühl der wirtschaftlichen und kulturellen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich war auch in den Bevölkerungsteilen, die sich zu einer anderen als zur deutschen Muttersprache bekannten, zu tief verwurzelt, um durch die verbotene und nicht einmal freundliche Erinnerung an die polnische Zeit oder durch die Aussicht auf ein ungewisses Schicksal im Rahmen des neuerrichteten polnischen Staates überredet werden zu können. An diesen Menschen, die Frau Conrad Rasch als „Polen“ bezeichnet, muß nicht polnisch, sondern deutsch gesprochen werden, sondern nationaler, historischer und wirtschaftlicher Art sind, geht Frau Conrad Rasch leider vorbei. Wenn der Korridor wirklich nur ein Grenzproblem wäre, dann hätte es nicht erst ihrer Hilfe bedurft, um den Streit, der um ihn entbrannt ist, zu stillen. — Jahrhundert hindurch haben die Völker um dieses Gebiet miteinander gerungen. Welch ein Glück, daß nun Frau Conrad Rasch das erlösende Streifenmuster erdacht hat!

Dr. R.

(Schluß aus Nr. 49.)

Wie es auf kirchlichem, weltanschaulichem und historischem Gebiete war, so war es auch in den Künsten, in der Architektur oder Bildnerlei, in der Malerei oder Goldschmiedekunst. Wenn das höchste gotische Stadtbild das ordensgeistliche Danzig in der sogenannten „polnischen Zeit“ in das reiche, oft prunkvolle Gewand der Renaissance gekleidet wurde, so hat das mit der „Schutzrechtsstadt“ der polnischen Könige nicht das geringste zu tun. Es ist bezeichnend für die absolute Herrschaft des deutschen Geistes in dieser Stadt, daß die Renaissance nicht direkt aus Italien und auch nicht über Rom, sondern durch Danzig gekommen ist. In der Zeit über den Niederbauern und über Slandern. In Genua und Venedig und Lissabon und Antwerpen, den niederdeutschen Städten, mit denen die Danziger enge Handelsbeziehungen pflegten, stehen die Vorbilder der charakteristischen Wahrzeichen des Danziger Stadtbildes, des Turmes von St. Marien und des Rechtshofes Rathauses. Selbst die „Königliche Kapelle“, die die Polen heute noch gelegentlich als ein „Beispiel polnischer Baukunst“ in Danzig in Anspruch zu nehmen belächeln und die nur deshalb „Königliche“ heißt, weil sie auf Befehl des Königs von Polen für die wenigen Danziger Katholiken gebaut worden ist, wurde von einem Meister niederdeutscher Abkunft, Bartol Knissh, gebaut. Und wenn die Polen von der vergoldeten Gestalt des gebarnigten Ritters, vom „vergoldeten Rer“, der auf der Spitze des Danziger Rathauses steht, die Legende erzählen, daß diese Figur den Polenkönig Sigismund August darstellen soll und als ein Symbol der polnischen Hoheit über die freie Stadt zu gelten habe, dann kann man nur sagen: „Wann es nicht mehr ist, so ist es doch ein Danziger.“ Die polnische Könige sind als Weltregierer auf der Carnivale des Danziger Rathauses dargestellt. Aus der Ordenszeit ging Danzig in die sogenannte „polnische Zeit“ über als eine rein deutsche Stadt, und es war auch eine rein deutsche Stadt, als es 340 Jahre später in den Verband des preussischen Staates einging. Kulturell und national ist die polnische Zeit völlig jenseits an Danzig vorübergegangen — wenn man nicht die harte

Die „polnische Zeit“.

und bewußte Pflege des Deutschtums, die Danzig gerade in dieser Periode auszeichnet, als eine Wirkung des hiesig gepflanzten und auf Kampf eingestellter Verhältnisses zu Polen angesehen wird. Danzig — das soll noch einmal gesagt werden — war niemals ein Bestandteil des polnischen Staates. Dagegen hat es als Stadt des deutschen Ordensstaates, der zu Deutsches Reichsland war, von 1308 bis 1454 dem „Heiligen Römischen Reiche Deutscher Nation“ angehört. Das Deutsche Reich hat die Stadt auch nach ihrem Abfall vom Orden, als sie unter die Krone des Königs stand, immer, bis dessen 340 Jahre hindurch, als zu sich gehörig betrachtet. Wenn die freie Stadt auch all die Einladungen zur Teilnahme an den Deutschen Reichstagen unbedeutend gelassen, wenn sie dem Deutschen Kaiser auch keine besondere Hilfe geleistet hat und die Strosen, die ihr wegen ihres „Ungehorsams“ auferlegt worden sind, auch niemals bezahlt hat, so wird diese grundsätzliche Welgerung des Deutschen Reiches, die Stadt, aus ihrem Verbände zu entlassen, gegenüber der polnischen Propaganda doch immerhin eine historische beachtenswerte Tatsache bleiben.

Es erheben angedrückt, auf all diese Fragen — an Hand des in der vorigen Nummer erwähnten Buches von Steffen — einmal ausführlicher eingehen, weil die polnische Propaganda in der Welt mit der Ehre hinfällig geht, daß „in Versailles nur die alte, geschichtlich bedingte Verbindung Danzigs mit dem polnischen Staate wiederhergestellt“ worden ist. Es ist schon ein markantes Merkmal, wenn man, als ob sich die Welt selber nicht verändert hätte, so zeigen die obigen Betrachtungen wohl nur Genüge, daß sich das heutige Danzig trotz seiner Verheimlichung als „freie Stadt“ hinsichtlich seines Verhältnisses zu Polen in einer unvergleichlich viel schlechteren Lage befindet als das Danzig der sogenannten „polnischen Zeit“. Das alte Danzig war tatsächlich frei, in jeder Hinsicht. Derr immer selbst und unbehindert in all seinen Entschlüssen, während sich das heutige Versailles gefesselt Danzig in willgehoher rechtlicher und noch

Fäden nach Romno und Prag.

Der russisch-polnische Nichtangriffspakt ist nur ein Ausschnitt aus den Bestrebungen Frankreichs und Polens, eine antideutsche Front in Osteuropa zu bilden zu bringen. Wenn die Sowjets durch Nichtangriffspakte auch nicht als aktives Glied in diese Front einbezogen werden, so reichen diese Pakte doch immerhin dazu aus, den Mittel- und Kleinstaatens des Ostens an ihren Grenzen gegen Reichland ein gewisses Sicherheitsgefühl zu verschaffen und dadurch diesen Staaten den Entschluß zur Einordnung in den antideutschen Zusammenschluß zu erleichtern. Durch die Nichtangriffspakte haben die alten Bemühungen der Pariser und Warschauer Diplomatie, die Länder von der Ostsee bis zum Mittelmeer unter der alten Verfallener Parole eines „antideutschen Mittel Europa“ zu fassen, wesentlich eine festere Basis erhalten. Diese Basis weist zwar einerseits insoweit der russischen Sozialdemokratie in der Pakfrage eine bedenkenlose Vorka- auf, sie hat andererseits aber seit Kaufmann auf die Staaten, die an sich mit Deutschland durch das gemeinsame Schicksal des Bestehens verbunden sind, d. h. auf Österreich und Ungarn, ausgeübt werden können. Sicherlich können Paris und Warschau in der Absicht, Deutschland die Entwicklung nach Osten zu verlegen, überein. Nicht überein können sie dagegen in der Auffassung von der Rolle, die Polen in diesem östlichen Zusammenschluß spielen soll. Frankreich erklärt östliche Werte den größten Wert zu sein, und es ist anzunehmen, daß es sich zu lassen, als es gerade notwendig ist, um diesen Staat die ihm zugehörige Position im französischen Machtgefüge ausfüllen zu lassen, drückt Polen natürlich daran, sich in Osteuropa eine Stellung zu schaffen, die es ihm möglich macht, sich von der französischen Politik zu lösen, sofern und soweit ihm das möglich erscheint. Aus diesen gegenwärtigen Auffassungen ergeben sich immer wieder solche Unverständlichkeiten, wie sie im Laufe dieses Jahres wiederholtutage getreten sind, so schon im Zusammenhang mit dem Erdbeben im Ostaustralisationsplan oder in der Antichestoffe, so auch in der Frage der französischen Militärmission oder beim Rücktritt Galieis oder im Zusammenhang mit der pflichtlichen Ratifizierung des Nichtangriffspaktes durch Polen. Man muß jedoch annehmen, daß diesen Unstimmigkeiten gegenüber der Gemeinsamkeit des Zieles, Osteuropa gegen Deutschland zu mobilisieren, nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Und es ist nicht zu bezweifeln, daß dieses seit Verfallener bestehende Ziel in letzter Zeit von beiden Staaten mit großem Nachdruck und mit größtem Eifer verfolgt wird, als wenn es sich um Romno verhandelt über aller bisherigen Mißerfolge nicht nur nach den baltischen Staaten, sondern auch mit Litauen wieder härtere Fäden zu spinnen. Nach wie vor lehnt man in Warschau zu hoffen, daß sich der wegen des Amellendens zwischen Deutschland und Litauen bestehende Gegensatz irgendeine zu Polens Gunsten auswirken müsse. In wirtschaftlicher Hinsicht liegen in Litauen die Verhältnisse ähnlich wie in den beiden benachbarten baltischen Staaten. Was die Wirtschaft durch die deutsche Handelspolitik, seinen Exportinteressen gefährdet ist, umgekehrt aber behrnt, die deutschen Erzeugnisse auf seinem Markt zu verdrängen, und zwar zugunsten Englands, das im Laufe dieses Jahres als Abnehmer litauischer Produkte vor Deutschland an die erste Stelle aufgerückt ist. Trotz dieser an sich günstigen Verbedingungen auf mindereits- und wirtschaftspolitischen Gebiet sind die immer wiederholten polnischen Annäherungsversuche bei den Litauern, die den Litauer nicht vergessen können, bis heute auf kühle Zurückhaltung geblieben. Es spricht, der auch Warschau nicht zu einer Sühnungnahme nach Romno veranlaßt zu werden pflegt, hat bisher weder auf den Kommer- Politikern, an die er sich heranzugeht, hat, etwas ausgesprochen können, noch ist er mit seinem Vorschlag eines litauischen Journalistenbesuches in Warschau bei den Litauern auf besondere Erwähnung geblieben. Bemerkenswert ist die Nachricht, daß der polnische Klaviervirtuose Janus Paderewski die Absicht hat, in Romno ein Konzert zu geben, daß also auch hier versucht werden soll, die in Amerika östlich bewanderte Kunst dieses Mannes in den Dienst der politischen Propaganda zu stellen. Es heißt auch, daß Frankreich in Romno einen Betrag von 10 Millionen Franken zur Finanzierung der litauisch-polnischen Verbindungsspropaganda bereitgestellt habe. Für ein Land mit 2 Millionen Einwohnern wäre das eine recht ansehnliche Summe, von der man nicht wissen kann, ob sie bei der an sich schon vorhandenen antideutschen Stimmung auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiete nicht schließlich doch noch zum Erliegen hätte zu führen vermöge, zumal auch die Litauen die noch aus einer stiftischen Strafanzeige in Deutschland stammend, die Polen gefordert zur Ermahnung ihrer Migration zu machen verstehen, mitwirken kann. Beachtenswert ist in dieser Hinsicht, z. B. die Freude, die das halbamtliche Blatt der Kommer Regierung, der „Litwaos Libas“, über den Abbruch der Kullenpunkte, die seiner Meinung nach einen „Schritt in der Richtung auf ein Otkocharno“ bedeuten, bekannt hat.

Trotz der vielfachen Gegensätze, die zwischen Polen und der tschechoslowakischen auf politischen, wirtschaftlichem und nationalem Gebiete bestehen, scheint man beiden Staaten neuerdings ein Verhältniß zu ergötzen. Zusammenkommen ist ihnen Entschlossenheit in diese Verhältnisse kann offensichtlich aus der gemeinsamen aktiven Abwehrstellung gegen die Revisionen- und Reformforderungen Deutschlands. Schon die Gleichartigkeit der Minderheitenpolitik beider Staaten schafft eine psychologisch trag-

fähige Basis: Hat die tschechoslowakische Öffentlichkeit von ihrer schon seit gefühlsmäßig auf polnischer Seite gefaßten, wenn Polen sich in Genuß wegen ihrer Verträge gegen den Minderheitenvertrag und das Genuß ihrer Abkommen für sich selbst zu veranlassen sollte, so hat die polnische Presse der tschechoslowakischen Presse gegenüber, als in Brinn, der unangehörige Prozeß gegen die deutschen Nationalisten geführt wurde und deutsche Jungen wegen „Kautschukbender“ Indizienprozeß zu Jahrtausend verurteilt wurden. Diese grundsätzliche Solidarität der „jüngsten Brudervölker“ hinsichtlich ihrer tschechoslowakischen Minderheitenpolitik kann auch durch das viel beachtete Buch des tschechoslowakischen Sozialdemokraten Vojka über das „polnische Völkergesamtheit“ nicht wesentlich beeinträchtigt werden; und es wird in letzter Zeit um so weniger gefehlt, als auch der „Mittelmeer-Kurier Lodjann“ seine früheren Angriffe wegen der schieben Verhandlung der polnischen Minderheit im tschechoslowakischen Teile des Schönen Schloßes eingestellt hat. Darüber hinaus deutet nichts darauf hin, daß man Joseph in Prag wie in Warschau Wert darauf legt, den alten Hader zu begraben und auf der Basis der alten pannaunischen Ökologie einander näherzukommen. Es ist wohl kein Zufall, daß sich der ehemalige tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Dr. Krstka, in den letzten Wochen wiederholt zu dem Thema der historischen Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen und polnischen Nation gehalten hat. Der polnische Gesandte in Prag, Strybomski, kürzlich auf einem internationalen Kongreß ein ähnliches geschichtliches Thema mit deutlicher Zusammenhang für die Gegenwart behandelt hat. Der Besuch des tschechoslowakischen Handelsministers in Polen und der Gegenbesuch seines polnischen Kollegen leiteten die Bemühungen einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen den beiden Staaten ein; und diese Bemühungen haben immerhin schon dazu geführt, daß die tschechoslowakische Presse auf Veranlassung von oben eine systematische Werbung für den polnischen Ratiaunaher in Ödingen entfaltet, daß in Prag ein polnisches Vorbereit für Ödingen entstanden ist und eine Verankerung der tschechoslowakischen Interessen im Ödingener Hafen durch die Errichtung einer Erzhölzerei und durch Caribergleistungen auf den polnischen Eisenbahnen betrieben wird, wobei immer darauf und klar Ödingen als der „gemeinsame Hafen der westfälischen Völker“ im Gegensatz zu den deutschen Häfen herausgestellt wird. Die Besuche tschechoslowakischer Journalisten in Polen und Ödingen, ein Artikel, den der Vorsitzende des Polens polnisch-tschechoslowakischen Vereins, Krstka, im „Kommer“ unter der bescheidenen Überschrift „Polen und die tschechoslowakische“ sind zu einem Zusammenhang vorherbestimmt“ offensichtlich hat, und manches andere eine allmähliche Annäherung, zwischen Prag und Warschau erkennen läßt, deren Sinn nur der gemeinsame und durch die Gemeinsamkeit erfolgreicher Kampf gegen Deutschland sein kann. Es wäre überflüssig, wenn Deutschland all diesen Bemühungen Polens um einen Ostblock schuldlos gelassen würde im Vertrauen darauf, daß die natürlichen Fährungen dieses Ostblockes, die sich in der letzten Zeit in der Richtung des Gegenüber Polens zu stark sind, um eine geschlossene Blockbildung in dem von Warschau beabsichtigten Sinne zustande kommen zu lassen. Dieser Block wird zustande kommen, wenn Deutschland dagegen nichts unternimmt. Es liegt nur bei Deutschland, ihn zu verhindern.

Gehst Kardinalprimas Hlond nach Rom?

Der „Allgemeine Kurier Lodjann“ in Krakau und verschiedene andere polnische Blätter berichteten kürzlich, daß in der nächsten Sitzung des heiligen Kollegiums in Rom der polnische Primas, Kardinal Dr. August Hlond, zum Präsidenten der katholischen Propaganda ernannt und nach Rom berufen werden soll. An seine Stelle solle entweder der tschechoslowakische Sapienza von Krakau oder der Bischof von Breschelen, Adamki, treten. Trotz des Umstandes, daß der tschechoslowakische Kardinalatskandamenten der tschechoslowakischen Presse ihre Meinung aufrecht, nach der die Ernennung des polnischen Primas für Mitte Dezember bevorzugen solle, und fügte noch hinzu, daß bei dieser Gelegenheit der vor kurzen zurückgetretene Erzbischof Gall zum Bischof von Tschelochau ernannt werden sollte, während der jetzige Tschelochauer Bischof Kubina den Posten des Erzbischofs übernehmen sollte.

Um die Bedeutung des Präfekten der katholischen Propaganda zu ermessen, sei darauf hingewiesen, daß in weltstämmiger Auffassung immer von „drei Papsten“ die Rede ist. „Lud und was die „schwarze Papst“, der dritte „Papst“ ist der Inhaber des Stuhles Petri, der die Ciera trägt, der rote Papst ist der Präfekt der katholischen Propaganda, und der schwarze Papst ist der Jesuitengeneral. Danach würde also Kardinal Hlond auf den zweitwichtigsten Posten der katholischen Kirche berufen werden. Den Posten des Präfekten hatte bereits ein Polemer Erzbischof inne, es war der Kardinal Graf Redomski, der in der Zeit des Kulturkampfes bekanntgeworden ist. Der jetzige Jesuitengeneral, Graf Sedowmiki, ist ein Polemer Erzbischof in Lodjann. Nach dieser Verbindung würden dann die beiden höchsten Stellen nach dem Papst mit zwei polnischen Kirchenfürsten besetzt sein. Der bisherige Inhaber der Präfektenwürde der katholischen Propaganda war der kürzlich im hohen Alter verstorbene Kardinal von Ostjann.

Danzig und Gdingen.

Danziger Regierung in der Winterzeit.

Im Danziger Volkstaag wurde am 29. November der kommunizistische Antrag auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes in dritter Lesung mit 40 von 72 Stimmen angenommen. Damit ist die Danziger Regierung im Volkstaag in die Minorität geraten; sie hat lediglich noch die bürgerlichen Gruppen hinter sich. Es bleibt ihr, wenn sie parlamentarisch weiter regieren will, noch die Möglichkeit, es mit wechselnden Mehrheiten zu versuchen, ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand. Dabei kann sie sicher sein, bei allen Maßnahmen, die der Abwehr politischer Angriffe auf die Selbständigkeit und das Dasein der Freien Stadt dienen, eine feste Mehrheit von den Nationalsozialisten bis hin zu Sozialdemokraten zu finden. Eine akute Regierungskrise tritt durch die Annahme des Antrages im Volkstaag noch nicht ein; da der Antrag in die Form eines Gesetzes gekleidet war, bedarf er noch der Zustimmung des Senates, der sich hierzu innerhalb von zwei Wochen zu äußern hat. Verht er ab, so geht das Gesetz zu nochmaliger Abstimmung an den Volkstaag zurück. Und wenn es dort wieder eine Mehrheit findet, bleiben der Regierung noch zwei Wochen Zeit, sich zu entscheiden, ob sie sich fügen oder einen Volksentscheid herbeiführen will. Ein Verzicht auf das Ermächtigungsgesetz bedeutet eine Erhöhung der Unterführungsätze für die Emergenten und der Wohlfahrtszuschüsse, eine Abschöpfung des Staats um etwa 2% Millionen, die namentlich aus neuen Einnahmen oder durch Kürzung anderer Etatsposten aufgebracht werden müßten.

Was soll Danzig gegen ein Schicksal?

Die Nationalsozialisten haben in Danziger Volkstaag folgenden Antrag über den Schutz Danzigs eingebracht: „Gemäß Artikel 102 des Verleihen des Reiches steht die Stadt Danzig unter dem Schutz des Völkerbundes. Durch Beschluß des Völkerbundes vom 22. Juni 1921 ist bestimmt, daß Polen besonders zur Verteidigung Danzigs zu Lande verpflichtet sei und der Hohe Kommissar die Befugnis habe, unmittelbar die polnische Regierung zur Sicherstellung der Verteidigung Danzigs aufzufordern, falls das Gebiet der Freien Stadt Gegenstand eines Angriffs oder einer Angriffsdrohung seitens eines angrenzenden Landes außer Polen sei.“ Der nationalsozialistische Antrag geht nun dahin, daß der Volkstaag beschließen soll: „Der Senat wird ersucht, beim Völkerbundrat zu beantragen, den vorliegenden Beschluß dahin zu ergänzen, daß die gleiche Vorsorge auch getroffen werden müßte für den Fall, daß ein Angriff oder eine Angriffsdrohung seitens eines angrenzenden Landes erfolge, die nicht aufzufassen ist.“ — Nach der Übergabe der Danziger Bevölkerung, so heißt es in der Begründung, sei ein Angriff oder eine Angriffsdrohung seitens eines angrenzenden Staates, der nicht Deutschland sei (also Polen), der einzige Angriff, der der Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig drohen könnte. Wiederholt habe auch bereits das Danziger Volk unter dem Druck solcher Angriffsdrohungen gestanden. Wiederholt hätten auch Vertreter des betreffenden fremden Landes erklart, daß dieses seine politischen Ziele durchzuführen werde ohne Rücksicht auf Kommissionen und Experten und den rechtlich gebundenen Charakter der Verträge. Der Zweck des Antrages sei, die einseitige Behandlung der angrenzenden fremden Staaten aufzuheben. In der Tat muß es von der Danziger Bevölkerung geradezu als Beleidigung empfunden werden, daß in dem erwähnten Beschluß das Völkerbundes als Staat, von dem der „ein Angriff auf Danzig droht“, ausgerechnet das Deutsche Reich hingestellt, Polen aber als der „berufenen Verteidiger der Danziger Unabhängigkeit“ bezeichnet wird. Der Antrag der Nationalsozialisten müßte insofern nicht nur in Danzig, sondern auch in den übrigen Teilen des Völkerbundes wegen zur Verteidigung Danzigs gegen Deutschland vorgelesen ist, auch Deutschland umgekehrt vom Völkerbund zur Verteidigung Danzigs gegen Polen berufen wird. Eine solche Beauftragung läge im Sinne der Danziger Bevölkerung, die ja, wenn von der Sicherheit Danzigs die Rede ist, willensmäßig die letztlich entscheidende Instanz zu sein hat.

Die Holzausfuhr über Gdingen.

Besonders Beachtung unter den Danzigabhängigen Maßnahmen Polens verdient es, daß seit dem vorigen Jahre der Hafen von Gdingen auch in die polnische Holzausfuhr eingeschaltet worden ist. Obwohl der Danziger Hafen durch seine natürliche Lage für den Umschlag von Holz besonders geeignet ist, obwohl er eine außerordentliche Leistungsfähigkeit auch für die Abwicklung des Holzumschlages besitzt — nicht weniger als 1,7 Mill. Co. Holz wurden im Jahre 1927 über den Hafen exportiert —, ist die polnische Regierung nicht von ihrem Plan abgesehen, den Hafen von Gdingen in den jenseitigen Holzexport einzuschalten. Die polnischen Staatsförstern haben große Holzlagerplätze im Hafen von Gdingen errichtet und setzen sich demüht, erhebliche Teile ihrer Holzausfuhr über Gdingen gehen zu lassen. Die Entwicklung der Holzausfuhr über Gdingen geht aus folgenden Angaben hervor: Sie betrug im Sommer im Jahre 1929 —, im Jahre 1930 2058, im Jahre 1931 2820, im Jahre 1932 6165 Millionen im Monat Oktober d. J. sind 22 217 Co. Holz zur jenseitigen Ausfuhr über

Gdingen gelangt. Diefem Anstieg der Holzausfuhr über Gdingen steht der Abstieg der Holzausfuhr über Danzig gegenüber. Während in den ersten zehn Monaten 1931 noch 816 100 Co. Holz über Danzig jenseits exportiert worden waren, betrug die Holzausfuhr im gleichen Zeitraum des Jahres 1932 nur noch 435 600 Co. Natürlich kommt in diesem Rückgang die rückläufige Konjunktur im Holzexportgeschäft zum Ausdruck, um so mehr Ausmerksamkeit jedoch ist der Feststellung zu widmen, daß trotz dieses Konjunkturrückganges der Holzexport über Gdingen nicht nur nicht gleichfalls zurückgegangen ist, vielmehr eine Verdreifachung erfahren hat.

Sorge um Gdingen.

Auf die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt Gdingen wird in letzter Zeit wiederholt in polnischen Zeitungen mit nachdrücklicher Behauptung hingewiesen. Die Steuern, die in keinem Verhältnis zu der Zahlungsfähigkeit der Danziger Bürger stehen, hätten ein unerhörtes Chaos erzeugt, und der merkwürdige Sonderzustand, in dem sich die Gdingener Stadterhaltung befindet, begünstige nur die Unordnung und Miswirtschaft. Die Regierung, so heißt es in einer scharfen Kritik des „Dziennik Bydgoski“, habe viele Millionen zloty, ja sogar alle Beträge, die ihr irgendeine zur Verfügung standen, um den Ausbau des Hafens verwendet, ohne sich um die Interessen der Stadt zu kümmern, der sogar die Sorge um die erforderlichen fälligen Investitionen überlassen worden sei, obwohl 1. B. die Errichtung eines Schlachthauses, eines Elektrizitätswerkes, die Kanalisierung usw. vor allem im Hinblick auf den Hafen nicht geringe Kosten seien. Die Stadt ist auf Kredit ausgebaut worden — die Schulden müßten andernfalls, ohne daß sich für die Abzahlung und die Zinsen auch nur die geringsten Einnahmquellen erschließen hätten. Während die Regierung von dem Ausbau des Hafens profitierte, sei die Stadt in geradezu unglaublicher Weise verarmt worden. Es sei daher, so erklärt das genannte Blatt weiter, in keiner Weise eine besondere Gnade von Seiten der Regierung, wenn sie jetzt der Gdingener Stadterhaltung einen Kredit von 5 Mill. zloty zur Verfügung habe, zumal nicht die Gefahr des Bankrotts für Gdingen bestanden hätte. Um übrigens sich, wie ein anderes polnisches Blatt berichtet, die Erlangung dieses Kredites keineswegs einfach gewesen. Und mit der Möglichkeit, Auslandskredite für die Stadt zu erlangen, scheint man überhaupt nicht mehr zu rechnen. Wie aus einem Bericht des früheren Regierungskommissars von Gdingen, der bis zum 31. Juni 1932 amtierte, hervorgeht, beruhen die Schwierigkeiten, die sich der Erlangung von ausländischen Geldern für Gdingen entgegenstellten, nicht nur auf wirtschaftlichen, sondern auch und vor allem auf politischen Momenten.

Ein Seekabel Vornholm—Gdingen.

Bisher geht der gesamte Fernsprechverkehr von Skandinavien nach dem übrigen Europa über Deutschland. Jetzt plant Polen den Bau eines neuen Kabels von Gdingen nach Vornholm, so das Kabel an die skandinavischen Kabel anschließen soll. Man will mit geringeren Gebühren denn der Fernsprechverkehr nach den skandinavischen Polen, Rußland, der Estschonland, Ostpreußen und dem Baltikum von den deutschen Vorkabeln auf die polnischen ablenken. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Kabelnlinie ist noch längst nicht erschöpft, so daß es sich um ein Konkurrenzmanöver mit politischem Hintergrund handelt. Deutschland dürfte bei Unterbrechung eines solchen Kabels erhebliche Durchgangseinnahmen verlieren. Die Subventionen für das Kabel sind bereits bei polnischen Fabriken in Auftrag gegeben.

„Die Spannung im Ostseegebiet.“

„In einer Artikelserie, die im Oktober d. J. unter der Überschrift „Die Spannung im Ostseegebiet“ in mehreren angesehenen schwedischen Zeitungen an leitender Stelle wiederabgegeben wurde, heißt es u. a.: „Das Unmetter über Danzig und dem Korridor hat sich verändert. Das eine Umgestaltung der Karte des Ostseegebietes in einem möglichst geringen Maße, kann nicht mehr betreten, und die Aussichten sind nicht allzu günstig, das gleiche Umgestaltung unter friedlichen Formen geschehen kann. Wahrscheinlich ist es nicht nur Polen, das die Karte von Versailles korrigieren will, sondern auch Deutschland. Und für Deutschland eilt es — zweifellos ein wichtiger Umstand. Ostpreußen ist in eine wirtschaftliche Sackgasse geraten. Deutschland kann nicht allzuviel Zeit verlieren, wenn es seine alte Ostmark wiederzugewinnen will.“



Helft das „Ostland“, das Kampfblatt für den Osten, verbreiten!

Die Schließung des „Ostland“ ist dauernd bemittelt, den Anforderungen gerecht zu werden, die an die Wochenblätter des Deutschen Ostlandes als das führende Kampfblatt für den Osten gestellt werden können. Die politische Berichterstattung über aktuelle und grundsätzliche Ostfragen und die kritische Stellungnahme zu ihnen wird in Zukunft eine weitere Vertiefung und Verbesserung erfahren. Ebenso folgt der Pflege des Heimatgedankens weiterer Spielraum gewährt werden, insbesondere auch durch den

Abrückend bedeutsamer ostmärkischer Romane,

die in wesentlichen Fortsetzungen erscheinen sollen.

Um die Überprüfbarkeit des Inhalts zu erhöhen, werden mit Quartalswechsel einige technische Änderungen vorgenommen werden. Zu dieser für die Ostpolitik zu entfallenden Zeit bitten wir dringend, unser „Ostland“, dessen Anfertigungsarbeit die es für den Osten liefert, möglichst anerkannt wird, auch möglichst verbreiten und so seinen Einfluß stärken zu helfen. Jeder Leser muß

ihm nicht nur selbst die Ehre mahnen, sondern Bekannte und Verwandte, die noch nicht Leser des „Ostland“ sind, als Verbreiter werden und dafür sorgen, daß es in Garküchen aller Art häufig ausgelegt wird, damit die blumenbesetzte Bevölkerung über die Verhältnisse im Osten und dessen Bedeutung aufgeklärt wird und so eine andere Einstellung zu den Ostfragen und zur ostmärkischen Bevölkerung erhebt. „Blumenbesetzte“ die häufig den „Ostland“ erwerben sehr bald zu der Überzeugung kommen, daß Ostland in Wahrheit Reichsnot ist und daß ein Wiederanstieg unseres Vaterlandes nur möglich ist durch eine günstige Lösung der Ostfragen.

Der bevorstehende Jahreswechsel bietet in solcher Weise Arbeit besonders Anlaß. Erst jeder Reichsbürger kostet das wöchentlich erscheinende „Ostland“ nur 50 Pf. monatlich. Dieser niedrige Preiszusatz ist auch für alle arbeitenden Klassen empfänglich, das „Ostland“ als ostmärkisches Kampf- und Heimatblatt häufig zu lesen.

Politik und Wirtschaft in Polen.

Vor einem neuen Abkommen.

Die seit drei Monaten in Warschau geführten deutsch-polnischen Verhandlungen zwangs Abschluß eines wirtschaftlichenmodus vorsehen, nähern sich, wie verkündet, ihrem Ende. Dieser Tage soll ein sogenanntes kleines Abkommen an den vier wichtigsten Dingen die Aufhebung der Warenkontingente zwischen Deutschland und Polen mit Berücksichtigung des neuen polnischen Zolltarifs regelt, unterzeichnet werden. Es handelt sich um ein ähnliches Abkommen wie das etwa vor einem Jahr in Warschau abgeschlossen, das im März dieses Jahres ablief.

Lodz — das gelobte Land?

Eine katolische Produktions- und Absatzkraft macht das „polnische Mandel“ schon seit der neuen Streikperiode durch, durch welche dieses mächtige Textilzentrum von dem unermesslichen natürlichen Arbeitsgebiet Abstand abgetrennt und dem kleinen polnischen Hinterland einverleibt wurde. Wenn die Katolische die polnische Textilindustrie jetzt in voller Schwere trifft, so ist sie daran nicht ganz schuldlos. Es hat sich die Kuriosität ihrer Politik gezeigt, die aus dem politischen und wirtschaftlichen Veränderungen seit dem Kriege nicht die einzig richtige Konsequenz zog und sich auf den zentralen polnischen Inlandsmarkt einstellte, sondern sich immer wieder in der Hoffnung wiegte, es werde schließlich gelingen, durch forcierten Dampfeisenexport einen Erlös für den Entfall des russischen Marktes zu finden. Die Aussichten für die Zukunft sind frolos. Denn die Krisenursachen dauern in ihrer ganzen Wucht an: Notlage der Weltwirtschaft, zunehmende hohe Arbeitslosigkeit, andererseits ungelöste Weltwirtschaftliche Probleme, die durch die Arbeitslosigkeit im Ausland infolge der fortgeschrittenen Absperrung der Absatzmärkte. Bisher deutet noch kein Anzeichen darauf hin, daß die Kaufkraft des Inlandsmarktes in absehbarer Zeit zunehmen werde. Im Ausland aber erhebt sich angesichts der neuen Absperrungsmaßnahmen drohend das Gespenst einer neuerlichen Verengung des Absatzmarktes. Scharf rückt sich heute die Erweiterung von Betrieben, vorgenommen in einer Zeit, in der man die nationale Industrie ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Bedingungen hochziehen möchte und das Rationalisierungsgebot notwendigsten während der Rezession nötig vorsetzt. Die Verschulbung der Unternehmungen ist, wie das Beispiel der Scheibler & Grohmann-Werke zeigt, gewaltig. Die ausländischen Gläubiger, vor die Frage gestellt, neues Geld zum alten schlechten zu werfen, ziehen es vor, einen Strich unter der Bergangehen zu ziehen. Da es auf ein Wunder nicht zu hoffen ist, daß die großen Betriebe aus den chaotischen Zuständen der gegenwärtigen Lage herausfinden, wird die Polster Industrie, nachdem sie im richtigen Augenblick nicht die Rationalisierungsmaßnahmen ergreifen hat, durch das wirtschaftliche Welken dieser Jahre vor einer Aufgabe ihrer bisherigen Stellung im Rahmen der internationalen Industrie gezwungen. Eine Reihe der größten Betriebe sieht sich bereits zu schärften Restriktionen oder zu Einstellungen gezwungen. Die andern, die unter Anspannung aller Kräfte die Beschäftigung ihrer Anlagen noch aufrechterhalten, werden sich in dem kommenden Wintermonat vor die Notlage gestellt finden, ebenfalls auszustellen. Was den arbeitenden Massen anbelangt, so haben sie, verbergt, wieder in der nächsten Zeit zummindest die Hälfte nicht mehr verdient. Lodz, vor dem Kriege ein gewaltiger industrieller Faktor, sinkt immer mehr zur Bedeutungslosigkeit herab. Aus dem einst blühenden Zentrum wird ein Industriestiefhof. („Danz. R. A.”)

Der polnische Bauer.

Der ehemalige Ministerpräsident und Bauernführer Witos hat im Krakauer Sozialklub „Korpor“ ein Interview veröffentlicht, „das die Senkung des Tages bildet“. Witos hat sich darin für die entscheidungsgelose Entengung ausgesprochen; er spricht von Bankrott des Kapitalismus und prophezeit, daß das polnische Dorf sich in seiner Politik nach links orientieren werde. Die „Polonia“ Korontus bemerkt zu diesen Aus-

führungen: „Das Land für die Bauern ohne Entschädigung. Es liegt der linke Flügel der Bauernbewegung und die Bauern sind Polen. Der polnische Bauer ist heute das allerbeweglichste politische Element. Ist diese politische Wendung zum äußersten Radikalismus nur die Frucht der gegenwärtigen Wirtschaftskrise? Nein, sie ist das Ergebnis des Sanacja-Regimes, das fast sieben Jahre lang die polnische Scholle für die Saat des Radikalismus empfänglich und fruchtbar gemacht hat. Die Saat sät jetzt lang in lüppig aufzugehen. Sie erhebt das ganze Volk.“

Die Lage der westpolnischen Landwirtschaft.

Die Posener Industrie- und Handelskammer gibt einen Bericht über die Lage der polnischen und pommerellenischen Landwirtschaft heraus, der erschütternde Einzelheiten über die Lage der westpolnischen Landwirtschaft enthält. 90 v. H. aller Güter können seit Monaten keine Zahlungen mehr leisten. Die Gebäude verfallen, die Landarbeiter erhalten ihren Lohn nur in Naturalien. Bauern kann nicht mehr beschafft, repariert oder ergänzt werden. Es sei notwendig, daß nicht gepflegt werden konnte, weil keine Pferdegeschirre mehr vorhanden waren. Selbst auf Müllergärten habe man die Schienen der Feldbahnen auseinandergerommen und das Eisen zum Beschlag der Pferde und zur Reparatur von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen verwendet. Der Landmaschinenhandel sei fast رهlos in Konkurs gegangen, die Fabriken hätten schließen müssen. Die Getreidepreise seien in erschreckendem Maße mehr als vierfach gegangen. Die Interkontinentalerträge durch die Staatlichen Getreide-Industriemärkte müßten wegen Erschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel eingestellt werden. Verwertungssakte von Landwirten seien an der Tagesordnung. Wollschaf sei auch kein Vieh mehr vorhanden, und das Personal müde ab, weil es keinen Lohn mehr bekomme. Eine Katolische ist unansehnlich.

Die Entdeckung des polnischen Schulweins.

Nach einem Berichte des polnischen Unterrichtsministeriums gab es im Schuljahr 1931/32 in Polen 4638 000 Schulkinder, im laufenden Schuljahr 4963 000, so daß eine Zunahme von 350 000 Kindern zu verzeichnen ist. Nach dem amtlichen Bericht sind für 300 000 Kinder in Polen weder Schulen noch Lehrer vorhanden, sie können vorläufig keine Schulen besuchen. Die Zahl derjenigen, die in den Schulen eingeschrieben sind, aber nicht eingeschrieben sind, beträgt 1 000 000 Analphabeten allein unter den Schulkindern in Polen. Die finanziellen Mittel für Bildungszwecke haben sich von Jahr zu Jahr verringert, während die Anforderungen an die Bildungsverwaltung infolge des Anstiegens der Schülerzahl ganz erheblich zugenommen. 1929/30 betrug der Bildungsetat noch 462 688 052 Loty, 1932/33 nur noch 351 813 500 Loty, und für das Schuljahr 1933/34 sieht der Veranschlagung nur noch 324 597 100 Loty vor. Während der Etat für Bildungszwecke jedes Jahr um 30 v. H. gesunken ist, ist die Zahl der schulpflichtigen Kinder um 38 v. H. gestiegen. Die Zahl der Lehrer ist von 80 000 im Jahre 1924 auf 66 000 im Schuljahr 1932/33 gesunken. Zurzeit kommen auf einen Volksschullehrer 65 Kinder, während es 1924 noch 48,9 Kinder waren. Dementsprechend ist das Bildungsniveau der Kinder sehr gesunken, und die Leistungen der Schulen haben wegen der Überlastung der Lehrkräfte sehr nachgelassen. Zu sehr kleinen Stellen werden die Klassenräume mit Kindern besetzt, so daß ein Teil der Kinder neben dem auf dem Fußboden sitzen muß, in manchen kleinen Kindertages- und Landgemeinden muß ein Lehrer mehrere Klassen betreuen, und es gibt Gemeinden, wo mehr als 200 Kinder der Fürsorge eines Lehrers anvertraut sind. — Bei dieser Sachlage kann man sich denken, was aus dem einst blühenden Schulwesen in Polen, Westpreußen, dem Sudetenland und in Ostpreußen geworden ist.

Der junge Ostmärker

1932

Monatschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend.
Mitteilungsblatt der Jungfahrern im Deutschen Ostbund.

11. Folge



Ostpolitische Schulungsarbeit. Eine Ausprache.

In meinen in der letzten Ausgabe des „Jungen Ostmärker“ veröffentlichten Artikel „Ostpolitische Schulung in der Ostmark“ sind mir verschiedene Rückfragen zugegangen, die eine interessantere Auseinandersetzung über diese wichtige Thema erfordern lassen. Ich bringe heute eine eigene Stellungnahme annehmend einem Brief des Herrn Oberregierungsrates Edelhof, Reichelstein, der sich mit Ziel und Methode unserer Arbeit beschäftigt, und daran anschließend einen Aufsatz von Dr. Eric Kriebel mit einem Beitrag zum Artikel „Jungmänner Bund“. Hierzu, die die anschließende Frage des deutschen Ostregimentes betreffen. In der nächsten Ausgabe sollen weitere Beiträge folgen. Meine eigene Auffassung zu den einzelnen Rückfragen werde ich dann in einer „Schlußbetrachtung“ zusammenfassen. ERICH CLIO ZIEGLER.

Die 1. Äußerung: Eine Kritik an Ziel und Methode unserer Schulung.

Sehr geehrter Herr Dr. Eibel!

Im Beifall des „Ostlandes“, „Der junge Ostmärker“ 10. Folge, haben Sie einen Zeitauflauf über „Ostpolitische Schulung in der Jungfahrern“ veröffentlicht, der um so dankenswerter ist, als damit meines Wissens zum erstenmal eine programmatische Erklärung der jetzigen Führung der Jungfahrern des Ostbundes über Ziel und Methode vorgelegt wird. Wie der außerordentlichen Bedeutung, die namentlich für die deutsche Jugend namentlich in Ostpreußen zu werden soll, gefallten Sie mir, mit einigen Bemerkungen die Diskussion zu eröffnen.

Ich gebe mit Ihnen einig in der Feststellung, daß das lebendige Wesen um die Ostmark in der breiten Masse der „Binnen- und Westdeutschen“ auch heute noch bedeutend gering ist. Daß an diesem Ergebnis aber auch der Ostbunde mit Schuld trägt, wird Ihnen kaum verborgen geblieben sein. Wenn die alte Kampfpole der Gründer des Ostbundes „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein“ in neuerer Zeit endlich aus langjährigem Schlummer erweckt und in den Vordergrund gerückt wird, so erfüllt ich nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn ich diesen Umschwung nicht zuletzt auf die jüde und selbstbewusste Arbeit der Verbesserbünde „Jugendwerk“, „Jugendfreizeit“ und „Sachverständigen“ zurückführe. Sie haben völlig recht mit der Ablehnung jener großstädtischen Einstellung, die Anlagensucht der Ostmark nach als Heimatfrage aufzufassen. Sie sind aber nicht lange genug im Ostbunde, um zu wissen, daß die meritorisch überlegene Zahl der Ortsgruppen eben auch des Ostbundes ursprünglich die gleiche fehlerhafte Einstellung hatte. Nur ein Beispiel: In meiner aus zwei Heimatverbänden zusammengesetzten Ortsgruppe, von denen nur einer bisher dem Ostbunde angehört, hätten meine Jüde bald nach Überwindung des Vorjahres 1926 gefestigten Beiträge auf verstärkte Mitgliederwerbung unter Achtlosigkeiten und Zurückhaltung der Entscheidungsfragen hinter die Betonung der Kampfpole auf schärfste Opposition gerade aus den Reihen, die bisher dem Ostbunde angeschlossen waren. Durch Verklärung der Mitglieder aus Nichtostmärkern werde der Heimatgedanke vermehrt und die eigentlichen Ostmärker „an die Wand gedrückt“ werden. Daß auch heute noch Ostgruppen des Ostbundes lediglich der Heimatgedanken folgen, können Sie zwar nicht durch Befragung von Jugendtreiben, wohl aber durch den Besuch, Jungfahrern an Ort und Stelle in der Provinz ins Leben zu rufen, leicht feststellen. Wenn Ihnen aber auch diese Arbeit heute mehr oder weniger leicht gelingen sollte, so deshalb, weil die Rotungsarbeit der obengenannten Verbände den Geldesboden in den Ortsgruppen gelockert hat, so daß Sie mit Saal und Ernte wesentlich leichter haben.

In Ihren Ausführungen über das Ziel ist folgendes zu sagen: Es ist mir nicht recht verständlich, wie Sie zu der Auffassung kommen konnten, das Weltkriegsdeutschland habe keine Vorstellung von einer geschlossenen deutschen Ostpolitik gehabt und seine Maßnahmen hätten

sich in der mehr oder minder glücklichen Föhlung von Einzelfragen erschöpft. Der darin ausgeprophete Vorwurf wird für mein Empfinden nicht dadurch gemildert, daß er zugleich auch gegen das Weltkriegsdeutschland erhoben wird. Ich kann nicht annehmen, daß Sie Bismarcks Politik (Mangel an einheitlichen großen Gesichtspunkten) vorwerfen wollten, obwohl auch diese unter dem Begriff der „Vorkriegspolitik“ fällt. Ich darf aber darauf hinweisen, daß Bismarck die Politik als die Lehre vom Möglichen definiert hat; wenn daher in der Vorkriegszeit Pläne, wie Sie Ihnen ansehend vorstehende, nicht in Erscheinung traten, dies seinen Grund vielleicht auch darin gehabt haben wird, daß die Ausfühbarkeit beweist werden mußte. Ich muß es entfinden zurückweisen, daß man, wie Sie schreiben, „kein Empfinden dafür gehabt hätte, daß Einzelmaßnahmen immer nur dann einen Sinn haben, wenn sie in großen Rahmen eines Gesamtplanes vorzunehmen werden“. In dieser Allgemeinheit ist der Vorwurf weder für die Vor- noch für die Nachkriegszeit berechtigt, vielmehr wird der Eindruck des Schwankens hinsichtlich der Behandlung der Ostprobleme eher dadurch hervorgerufen sein, daß jeder der leitenden Staatsmänner, namentlich der Reichspräsident, jene Ostprobleme von einer vom Vorgänger abweichenden Gesamtaufassung heraus beurteilte. Daß es vor dem Kriege ein deutsches Ostprogramm überhaupt nicht gegeben habe, ist ebenfalls zurückzuführen, wie die Be-

hauptung, daß es heute kein solches gebe. Sowohl das Werk der Ansetzungscommission war ein Vorkriegsostprogramm als die Entlohnung ein solches der Nachkriegszeit. Man kann bei beiden liegen, daß sie nicht unzulässig genau waren, nicht aber das Vorliegen eines Programms überhaupt leugnen. Hinsichtlich des Umfangs darf aber wieder für die Vor- noch für die Nachkriegszeit das Erreichbare außer acht gelassen werden. Damit komme ich zu den von Ihnen als Ziel angedeuteten gemäßigten Gedanken. Sie nennen die „Korridorfrage“ eine „Einzelheit“, die erst dann für jeden Deutschen Allgemeinbedeutung gewinnt, wenn sie als Teil eines unzulässigen Willens erscheinen, der „die Ansprüche anmeldet, die das deutsche Volk kraft seiner geistigen Erbschaft dem Osten gegenüber hat“.

Welches sind denn die Ansprüche, die das deutsche Volk dem Osten gegenüber anmelden könnte? Wie soll es die Annahme verwirklichen? Im Jahre 1917 ergab sich nach der Niederwerfung Rußlands die Möglichkeit, im Baltikum Siedlungsland zu erhalten. Es ist Ihnen natürlich bekannt, daß die Arbeit bestand, die drei deutschen Ostprovinzen Rußlands als besondern Staaten dem Deutschen Reich anzugliedern. Sie müssen auch, daß sich bereits eine Siedlungsgesellschaft „Reuon“ gebildet hatte, der der deutsche Großgrundbesitzer jener Provinzen ein Drittel seines Grund und Bodens bereits unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatte. Diese Pläne sind durch das Diktat von Versailles zunächst getrandelt. (War das kein „Ostprogramm“?) Sollen mir diese Pläne vordringen und Erlaubnis gegenüber mirer anmelden als Zielraum? Wie Sie doch wissen, daß beide Staaten der bloßen Einmischung Deutschlands die größten Schwierigkeiten in den Weg legen und der Erwerb von Grundbesitz durch einen Reichsdeutschen überhaupt verboten ist? Wie sollen wir die beiden Staaten zwingen, diese Gefährdung zu ändern? Etwa mit Waffengewalt? Daß im Rahmen des Ostens

Die Besten unseres Volkes
sind nicht gestorben, damit die
Lebendigen tot seien, sondern
daß die Toten lebendig würden

Walter Flex
gefallen auf der Insel Osel.

gestebe, daß ich mit diesem Satz nicht anfangen kann. Das liegt sicher daran, daß auch ich zu den Menschen gehöre, die, wie Sie schreiben, „noch ganz in den Anschauungen der überhöflich-materiellistischen Verfallszeit Deutschlands“ (mann war die?) wurzeln, die gewohnt sind, vom Detail, aber „nicht vom Wesen an eine Sache heranzugehen“, denen Sie deshalb die Fähigkeit abspreiben, „der Welt aus dem deutschen Volkens den Weg in die Zukunft zu weisen“. Beim Lesen dieses Satzes Ihres Artikels fiel mir ein bekanntes Wort aus „Soul“ ein: „Du weißt wohl nicht, mein Freund, wie groß Du bist!“

die Zukunft des deutschen Volkes liegt, wird von niemandem bestritten, der sich über die Frage der deutschen Zukunft überhaupt Gedanken macht. Ist aber die Rückgewinnung des Korridors nicht doch mehr als nur eine Einzelheit, ist sie nicht eine unbedingt notwendige Größe? Ist es nicht ein Verstoß gegen die Prinzipien der Völkerverständlichkeit, deren Durchföhrung aus gegenwärtig weder politisch noch wirtschaftlich möglich sein würde? Oder sollen wir deutsche Menschen — vorausgesetzt, daß die Einwanderung überhaupt zugelassen würde — unter artembare Völker sich ansetzen lassen, ohne daß wir einen maßgebenden Einfluß hinsichtlich ihrer Behandlung geltend zu machen vermöchten? Die deutschen Auswanderer nach Argentinien oder Kanada werden doch meistens in die jüngere Generation sich nicht mehr als Deutsche hineinreihen nicht, wie vor dem Kriege, das Deutsche Reich einen Machtfaktor in der Welt darstellt.

Aber nun die Hauptfrage Derartige Pläne als Utopien einmal zur Diskussion zu stellen, ging noch un; aber das lassen Sie gerade ob, Sie wollen Ihre Pläne als richtungsgewandtes Ziel der Schulung der Junglöhner jugende legen. Dagegen muß ich sofort Einspruch einlegen. Es geht nicht an, jungen, mehr oder weniger anreifen Kräfte Dinge als Ziel zu setzen, deren Verwirklichung sie nie erleben werden. Das Ziel muß, wenn auch ferner, erreichbar sein, wenn seine Verfolgung auf die Dauer Befriedigung erwecken soll.

Also Ihr Ziel ist ungeeignet! Ihre Methode aber ist ein Widerspruch! Sie halten es für einen Fehler, zuerst mit der Durcharbeitung des Schrifttums zu beginnen. Sie meinen, der, das zerstreute Land erzieht hat, vom Wesen der Dinge mehr wisse als der, der nur die genaue Seite der wirklichen Zustände und Verhältnisse auswendig gelernt habe. Sie legen schließlich manche Leute glauben mit der theoretischen Schulung allein auskommen zu können und bieten nichts von den Soboten ins Offland. Sie wollen also auf der einen Seite praktisches Erleben des Grenzlandes ohne alle Vorbereitung. Unmittelbar anschließend legen Sie aber: „Gewiss fallen auch Schulungsarbeiten sein.“ Darin liegt ein Widerspruch. Die Lösung dieses Widerspruches ergibt sich sehr einfach daraus, daß Sie als Richtschnürer zunächst einmal die Arbeit an Ort und Stelle einleiten in die Verhältnisse zu erlangen, und dann den theoretischen Unterbau nachgeholt haben, während andere aus der Praxis der Ostmark herkommen und deshalb insoweit waren den „theoretischen“ Vortrag derartig anschaulich zu gestalten, daß die Hörer zu persönlicher praktischer Weiterbildung begeistert wurden. Im Grunde scheinen mir die Ausichten gar nicht so weit auseinanderzugehen. Andere haben vor Ihnen das Erlebnis der Ostmark mit all dem, was daraus hervorgehen könnte, zu ganz anderer Weise aus Erfahrung zu den Mitglidern von Schulungswochen reden, als Sie das zu können werden. Daß aber eine theoretisch gut unterbaute Grenzlandfahrt für den Schüler oder Zuhörer ganz andere Dauerwirkungen ergibt, als eine aufs Gewotemobil geachtete, darüber dürfte doch ein Streit eigentlich kaum möglich sein. Deshalb bekehren Sie sich dazu, den Reulungen der Junglöhner zunächst theoretisch den Inhalt der Ostmark klarzumachen, um sie dann in Grenzlandfabriken an Ort und Stelle zu führen.

Ich fasse zusammen: Das Ziel muß erreichbar sein, daher die Wiederherstellung der alten Ostmark. Damit Zielungsraum für ein Menschenalter. Zugleich Stözung der Minnerbeiten in Pöbmen, Baltikum, Ungarn und Tirol. Kolonisation mit Österreich.

Methode: Zuerst gründliche Durcharbeitung der Geschichte der Ostmark vom Werden, die dann anschließend in Grenzlandfabriken benutzt werden. Um der Sache etwas erweiternd Selbstbewußtsein und etwas mehr Achtung vor den Leistungen und Erfahrungen anderer.

Mit östmarkischem Gruß
Schlenther, Weiskensls.

Die 2. Äußerung: Ein politisches Ostprogramm?

Ein Volk, das es für seine wichtigste Aufgabe hält, sich einen „Platz an der Sonne“ zu sichern, ist nie ein Mensch, der seiner Lebensarbeit keinen anderen Sinn zu geben weiß, als den, sich einen „gerühmten Lebensabend“ zu sichern. Das Leben eines Volkes wie das eines einzelnen erhält erst dadurch seinen tiefsten Sinn, daß es sich eine Aufgabe setzt, die es über sich selbst hinaushebt, die sich als Bewußtsein einer geschichtlichen Sendung durch Generationen vererbt. Die große Zeit eines Volkes ist immer die, in der es von dem Glauben an seine Mission durchdrungen und von dem Willen befeuert ist, sie zu erfüllen. Aber es genügt nicht, daß sich ein Volk irgendeine Aufgabe setzt, sondern es kommt darauf an, daß diese Aufgabe seinem Wesen und seinen Möglichkeiten entspricht.

Von einer missionarischen Aufgabe des deutschen Volkes zu sprechen, hat eine Generation wenig Grund, deren führende Schicht dafür sorgte, daß sich das Volk von den geistigen Grundlagen seiner Bewusstheit und von den räumlichen Vorbereitungen ihrer Entfaltung immer weiter entfernte und die in ihrem politischen Weltbild dem Osten nur eine untergeordnete Bedeutung zumies. Wie kann man sagen, daß es in Wirkkeitsdeutschland ein Ostprogramm gab, wo doch ein volksfeindlicher Staatsbürgerbegriff es verbot, sich um das Schicksal des Ostlandes im Baltikum oder in den russischen Schwarzmeergebieten oder selbst in verbündeten Oberostpreußen zu kümmern? Wo muß einmal mußte, daß es an der kongresspolitischen Weisheit oder in industriereichen Völkern seit Generationen starke deutsche Volksgruppen gab? Wie kann man von einem Wirkkeitsprogramm sprechen, wo doch politisches Denken des deutschen Volkes damals die ungeheure Bandbreite des russischen Reiches als eine unabänderliche Tatsache goll, wo der ganze europäische Südboden von Krakau und

Eger bis Turajo und Solomki eine für die deutsche Politik unantastbare Interessensphäre der Habsburgischen Hausmacht war, die schon 1848 längst aufgehört hätte, was Offen eine deutsche Politik zu betreiben? Was es damals an aktiver deutscher „Ostpolitik“ gab, das ist heute schon längst vergessen. Das war ein Tagged ab und zu mit mehr oder weniger Anzeichen der deutschen „Weltmacht“ des deutschen Volkes. Es gab eine Aufstellungs-kommission. Aber man kann deren Tätigkeit nicht als eine ausbreitende Beweis dafür ansprechen, daß es in Deutschland der Wirkkeits ein Ostprogramm gab. Denn ihr Tätigkeitsfeld lag innerhalb der politischen Grenzen des Reiches. Für ein politisches Ostprogramm aber haben diese Grenzen nicht Ende zu sein, sondern Anfang. Im Rahmen eines Ostprogramms kann alles das, was innerhalb der Reichsgrenzen geschieht, nur Grundlage der Vorbereitung sein.

Gerade das, wo die Wirkkeitsgrenzen hätte bestehen können, daß sie ihre innere Politik unter einer großen offenen politischen Gesichtspunkte zu stellen gestattet hat, hat sie verlost. Die Verungung auf Bismarck hebt denn scharf an, die die nachbismarckische Politik mitgemacht haben. Denn sie haben die von Bismarck immer wieder betonte und immer konsequenter besetzte Erkenntnis mißachtet, daß — bei der staatlichen Raumumteilung der damaligen Zeit — die preußisch-deutsche Politik nur in ständiger Fühlung mit Rußland erfolgreich geführt werden konnte. Sie haben geglaubt, daß die europäische Politik, die vor dem Jahre 1914 immer ein „Problem der europäischen Politik“ geblieben war, als eine bloß innerdeutsche Angelegenheit anlassen zu können. Und zu spät haben sie eingesehen, daß dies Art von Politik dann während des Krieges ja einer „Auslieferung“ Polens gegen Rußland verleitet und losgerissen von der verhängnisvollen „Proklamation vom 5. November 1916 „aktiert“ werden mußte. Sie haben mit Bismarck von der Politik als der „Kunst des Möglichen“ gesprochen, aber sie sind nicht mehr klar darüber gewesen, ob das Mögliche immer ein „Problem der europäischen Politik“ war, oder ob der Aufgabe der letzten machtpolitischen Aufteilung des ost- und mitteleuropäischen Raumes unter drei Großmächte gelegen hat, daß es in Wirkkeitsdeutschland kein derartiges Ostprogramm gab. Und es hat tatsächlich in den Kriegsjahren, in denen sich das feste Gefüge des russischen Reiches auflöste, eine ganze Reihe von Männern gegeben, die den Möglichkeiten gerecht werden wollten, die sich so plötzlich dem deutschen Frange nach erfolglos abzeichneten. Diese Männer haben sich in die Lage und in die Situation, auf dem Balkan und im Baltikum verlost haben schließlich gesiegt, sind, so hat das nicht allein an dem deutschen Zusammenbruch gelegen, der der Verwirklichung ihrer Pläne die militärische Maßnahme entzog, sondern vielleicht in noch höherem Maße daran, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit innerlich nicht im geringsten darauf vorbereitet war, diese innermaritimen Möglichkeiten, die ihm seine Waffen erschlossen hatten, zu verwirklichen.

Wenn man den neuen Verhältnissen im Osten gerecht werden will, dann ist es zunächst einmal notwendig, sich von dem Bild der Wirkkeitsgrenzen vollkommen zu lösen und sich grundmäßig von der Vorstellung zu befreien, daß die Wiederherstellung Ostlandes in seinen alten Grenzen oder gar die Restaurierung des Habsburgerreiches eine deutsche Aufgabe sei. Man denke vielmehr daran, daß gerade darauf, daß heute kein russisches Reich mehr besteht, das an der Ostsee berührt und im Westbaltikum gebietet, gerade darauf, daß die unendliche Doppelmonarchie gescheitert ist, daß die politische Spalterteile des Balkans bis unmittelbar an die deutschen Reichsgrenzen herangerückt ist, die Auslöschung Deutschlands beruht, in Zukunft in den Osttraum kräftiger gestaltet und erfolgreicher wirkend eingreifen zu können als früher. Es ist klar, daß die deutsche Position den zehn Mittel- und Kleinststaaten gegenüber, die sich heute — zum Teil von Seimbüffel und Mißtrauen gegeneinander erfüllt — in den Belen des mitteleuropäischen Raumes untereinander nicht einig ist, als sie es gegenüber den zwei Großmächten war, die sich stark genug waren, ihren Völkern abzurufen, die Welt in ein deutsches System zu formen. Welches die Mittel sein werden, die Deutschland bei dieser oder jener Gelegenheit einem bestimmten Zeitabschnitt des Osttraumes gegenüber anwenden muß, das wird sich aus der Situation des Augenblickes ergeben. Darüber aber muß man sich klar sein, daß es, damit Deutschland in diesem Augenblick nicht nur das Mögliche, sondern auch das Richtige tut, notwendig ist, daß es von diesem Raume in seiner Gesamtheit eine bestimmte Vorstellung hat und das alles, was dort geschieht, im Rahmen einer festen inneren Haltung aufpaßt.

Auf diese Gesamthaltung kommt es an. Sie hat vor dem Kriege gefehlt, und sie ist auch heute längst nicht in ihrer notwendigen Klarheit vorhanden. Aber daß sie im Werden ist und daß sie, mit der Übernahme des Wirkkeits der Verhältnisse, eine völlige Umwälzung aller politischen Denkformen und des volks- und raum- und raum-politischen Willens darstellen wird und heute schon darstellt, ist nicht zu bezweifeln. Die neue Gesamthaltung ist mehr als das Ergebnis des Krieges entstanden, sie hat ihren ersten Ausdruck in dem „Verständnis der Männer gefunden, die inmitten des Zusammenbruchs im Baltikum die „romantische“ Idee eines deutschen Oststaates verfolgten und denen — wie ausdrücklich betont werden muß — durchweg das eine gemeinsam war, daß sie entscheidende Gegner der westlich-liberalistischen Gedankenkreise des „nationalistischen“ Zeitalters waren. Das Front-

elebnis hat im deutschen Soldaten die pflichtige Grundlage des raum- und zielbewanderten Denkens gelegt. Es hat zehn Jahre gedauert, bis die Frontgeneraten die Verpfosung des Zusammenbruchs überwand und anfing sich in politischem Sinne mit dem Erlebnis des Krieges auseinanderzusetzen und sich zu diesem Kriege als zu einer Zeitung zu bekennen, die nicht umsonst gewesen sein darf. Es hat zehn Jahre gedauert, bis in dem geistig schaffenden Schichten der Nation die Erkenntnis und das Bewusstsein durchdrungen begann, daß der Zusammenbruch nicht das Ende einer „schönen“ Zeit war, deren man mit tatenloser Vergnügen gedenken, sondern vielmehr und vor allem der Beginn des Aufbruchs in ein neues Jahrtausend der deutschen Geschichte.

Dieser Aufbruch führt uns nach Osten. Im deutschen Geistesleben legt sich die völlige Umstellung auf den Osten mit einem noch vor wenigen Jahren unübersehbar nachdrucks durch. Die deutsche Wissenschaft hat mit dem Ideal der liberalistischen Epoche, mit dem „Wissen um das Wissens willen“ gebrochen; sie ist wirklichkeitenüber geworden, sie fühlt sich dem Volkstum verpflichtet und seinem Gebrauchen verbunden. Mit einer durch die geschichtliche Entwicklung unseres Volkes bedingten Notwendigkeit führt uns diese neue Art des Forschens und Denkens nach Osten. Und es ist nur natürlich, daß sich auch der politische Wille des deutschen Volkes, nachdem er im Weltkrieg um Westen geschwehrt ist, neue Wege erforscht und zukunftsreicher Betätigung sucht. So treffen sich Wille und Wissen auf dem Wege nach Osten, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann werden dieser Wille, der heute in den Wänden lebt, und dieses Wissen, das heute an den Hochschulen gelehrt wird, ihren Weg hinausfinden ins Volk und diesem eine ganz andere Vorstellung von den Dingen im Osten und eine ganz andere Einstellung zu diesen Dingen geben, als das Volk sie in einer Zeit bestien konnte, in der die Wissenschaft sich — unter dem Gesichtswinkel der Nation gesehen — im luftleeren Raume bewegte und der Wille sich in falscher Richtung nach erfolgreich, aber nutzlos verbrauchte. Wann wird auch die Zeit gekommen sein, in der man in Deutschland von einem Ostprogramm als dem politischen Wollen und Bekanntheit der Nation wird sprechen kann? Von einem „Ostprogramm“ kann hier nur derjenige sprechen, dem das erste und fruchtbarste Ringen um die Neugestaltung des politischen Willens der Nation noch unbekannt ist, in dem die junge Generation heute steht und zu dem sich gottlob auch viele an Jahren Alte bekennen. Eine „Ostpolitik“ ist das nur für den, der nichts von Mollat oder dem Bruck oder Max Hilbertert, Boehm, von Martin Spahn oder Karl Hanshofer, von Mariusz, Schinkel oder Martin, von Alfred Reibersberg, Emil Junges oder „Winnig“ und von den „Pravda“-Anhängern, von den anderen in ihrer Selbstheit eine Revolution des deutschen Geisteslebens, eine radikale Umstellung nach Osten, ein kompromißloses Bekenntnis zu Volkstum und Raum, zu Blut und Boden bedeutet.

Was das für den Korridor bedeutet? Darauf soll noch mit einigen Worten eingegangen werden: Wenn man die Korridorpropaganda verfolgt, muß man feststellen, daß sie in Deutschland sowohl wie in Polen nahezu ausschließlich mit Argumenten arbeitet, die sich auf geschichtliche Vorgänge und gegenwärtige Zustände beziehen. Man wird dieser Art von Propaganda ihre Berechtigung nicht absprechen dürfen. Denn es ist für die Beurteilung eines Befreiungsbereiches durchaus nicht gleichgültig, wie lange in Laufe der geschichtlichen Entwicklung das umstrittene Gebiet zu dem einen oder dem anderen Staat gehört hat oder welches Volkstum im Laufe der vergangenen Jahrhunderte das größere Maß an Kultur und materieller Arbeit auf die Entwicklung des Landes verrichtet hat. Bei aller Bedeutung, die man diesen Fragen beileihen muß, darf man aber eines nicht übersehen, das nämlich die Argumente, die sich lediglich auf die Vergangenheit oder die flüchtige Gegenwart stützen, nicht das letztlich Entscheidende bei der Abwägung der gegeneinanderstehenden Ansprüche sind. Was aus der Geschichte und zu dem Gegensatz der morgen nicht mehr Geschichte ist als Begründung der territorialen Besitzansprüche herangezogen werden kann, das gewinnt seine letzte Bedeutung erst dadurch, daß es einem in die Zukunft wirkenden Gedanken als Hilfsmittel dient. Es gibt kein Recht auf Besitz, das nicht zugleich eine Verpflichtung bedeutet. Und es gibt kein Recht auf Besitz, das man lediglich aus der Vergangenheit ableiten kann. Hinzu kommen muß das lebendige Bewußtsein einer zukunftsgeleiteten Sendung, zu deren Erfüllung der Besitz die notwendige Voraussetzung ist. Die Wiederergänzung der verlorenen Gebiete — das ist kein Endziel, sondern eine Etappe, keine Erfüllung, sondern nur Mittel zu größerer Leistung — stellt eine notwendige Etappe und ein unerlässliches Mittel. Die Wiederergännung hat nur dann Sinn, wenn sie als Teil der umfassenden Aeu- und Umordnung des osteuropäischen Raumes aufgefaßt wird, deren treibende Kraft kein anderes Volk sein kann als das deutsche. Und die Wiederergännung wird nur dann zu erreichen sein, wenn sie von Deutschland als Teil einer solchen umfassenden Aufgabe verstanden wird. Man muß sich hierbei nicht zu leichtsinnig haben, die nicht fertigbringt, sich aus der Mangelhaftigkeit des Zusammenbruchs zu erheben und die Rettung aus den Wägen der Gegenwart in der Rückkehr zum Vergangenen suchen. Wir haben den Krieg verloren — wir wollen ihn nicht umsonst verloren haben. Otto Kriebel.

Die 3. Äußerung: Vorbereidungen für ein Ostprogramm.

Was es ein Ostprogramm vor dem Kriege? Herr Oberregierungsrat Schlichter beantwortet es. Das ist kein gutes Recht, denn er erlaubt damit eine Ehrenrettung für seine Generation, die in ihr die Gestaltung der letzten beiden Jahrzehnte vor dem Kriege voll verantwortlich ist. Hier behauptet, es gab vor dem Kriege kein Ostprogramm und keine Ostliebe. Zur Begründung dieser Behauptung ist erst einmal die Definierung des Begriffes „Ostprogramm“ notwendig. Was ist ein Ostprogramm? Was muß es enthalten? Ein Ostprogramm kann sich nicht auf Gebiete beschränken, die während der Kriege in der polnischen Polen allein ist noch kein Ostprogramm, denn in der Zeit dieses Ostprogramm ein Kulturprogramm sein, es müssen erst die kulturellen und psychologischen Voraussetzungen für eine Wendung nach Osten geschaffen werden, ehe Ostprogramme, wie die Siebeling, im Rahmen eines großen Ostprogramms wirklichen Erfolg haben können. Aber gerade in dieser Beziehung hat die Vorkriegsgeneration ungeheuer gesündigt. Es fehlte ihr der klare Blick für die Möglichkeiten des Ostens, man kümmerte sich in verkommenem großbürgerlicher Romantik um das habgierliche Völkergemisch, die Doppelmonarchie, deren Zusammenbruch ohne den Weltkrieg in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erfolgt wäre, und machte sich das viele Rußland zum Feind. Man sah jetzt damit eine Bedrohung aller Ostgrenzen und tat damit das Gegenteil von dem, was die Voraussetzung für ein umfassendes Ostprogramm auf allen Gebieten hätte sein müssen: Die nachpolitische Sicherung der Ostgrenzen. Und aber bildete die psychologische Voraussetzung für die Durchführung eines deutschen Ostprogramms.

Bei meiner weiteren Verarbeitung möchte ich zunächst das von Herrn Schlichter angeführte heilige „Axiom“, die kirchlich-katholische fremde Siebelingromantik einiger Ideologen, ausfallen, denn es ist kein „Ostprogramm“, sondern hinnerbrannter Unfuss, im Baltikum leben zu wollen, solange die Ostgebiete, die wir wirklich besitzen, noch ungeheuer tausendmal aufweisen, die sich in volksreicher Hand befinden. Anschließend der Heeresangehörigen? Jawohl! Aber nicht im Baltikum, sondern in Polen, Ost- und Westpreußen, um dort eine Selbstverwirklichung durch das „Polentum“ zu verbinden und den berühmten Wald besüßend bauen zu schaffen, der besser ist als ein jehoharber militärischer Grenzschutz. Das wäre ein Ostprogramm, das man hätte auch geistliche Grundlagen gehabt und hätte durch ein Kulturprogramm untermauert werden können. Die Lösung „Anschließend der Soldaten im Osten“ hätte im Volke wirkliches Interesse für den Osten geweckt, den Boden gelockert und — vielleicht — eine geistliche Wende des Volkes gebracht. Richtiges hat das Schillerwort mehr Bedeutung denn hier: „Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ Das aber hat die Vorkriegspolitik verüßmt.

Was man vor dem Kriege der Wille des Volkes zur „Wendung der Front nach Osten“ hörte man einmal die Lösung der Ordensritter, nach Ostland geht unter? Man hingelächelt mit dem weltlichen Liberalismus, kann sich ungeheuer fortschrittlich und modern dabei vor — und ließ den Osten im Rücken des Volkes. In weit stärkerem Maße noch als heute hatte die Verbellung Raum im Volke, östlich der Oder hießen noch Wärem und Wäse und, von Kultur gebe es keine Spur, die Städte seien unglücklich verarmt, die Dörfer seien Stummfäulnis. Man sah mit Unglauben auf den Osten herab, dafür kann ich unabhänge Beweise im Ersten führen. Der Osten wurde zur Strafkolonie des Staates. Viele Hunderte von Offizieren und Beamten, die aus irgendeiner Grunde gemangelert wurden, wurden strafverurteilt. Wohin? Immer nach dem Osten. Hätten der Staat, das Reich, die richtige Einstellung zum Osten gehabt, so hätten sie die besten Beamten und Offiziere nach dem Osten geschickt, ins Kampfgebiet, denn dort sind die Elitetruppen gerade gut genug. Das Gegenteil aber geschah. Große Wäse, daß sich der Osten zurückgeben sollte, und das mit Recht. Rechts Ende der Beamten. Und bekommt eine besondere Ostliebe. „Was? Warum?“ Wie soll niemand nach dem Osten gehen wollte und die Beamten sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, in die „Polakei“ geschickt zu werden. Ein Volk aber, das die Front nach Osten hat, das von einem Ostprogramm weiß, das das Gefühl dafür hat, daß die Zukunft des Volkes sich im Osten entscheiden wird und muß, schickt seine besten Leute nach Osten, und jeder Deutsche weiß es sich vor besonders Ehre anrechnen, an die Ostfront geschickt zu werden. Hätten sie ein kulturelles Ostprogramm gehabt, die alte Ostfront war zu diesem Verstand, so wäre polnisch andere gekommen und vielleicht wäre selbst der Verlust des Weltkrieges der Osten nicht verlorengegangen.

Die Hauptaufgabe des Staates vor dem Kriege war, das einzubedenken, was in jahrhundertelanger „Polonisierung“ was verlorengegangen war, statt dessen ist der polnische Anteil am Grundbesitz der Provinz „Polen nach deutschen sowohl als sogar nach polnischen Statistiken (Statistik) in der Vorkriegszeit geblieben, und die Polonisierung zahlreicher Deutscher, auch mancher Siebeler, durch polnische Schichten, die sich nach den Aussagen der polnischen Behörden, ohne daß man es nicht hätte, unangenehm und belächelndes deutsch-katholische Geistesleben jenseits in die Siebelingdörfer zu setzen. Die Siebeling ihr aber der kulturelle Unterbau, und so mancher erlitt ein Teil der Siebeler wieder ab, ein Teil war alles andere als deutscher „Pionier“ und ging im „Polentum“ unter, und nur etwa die Hälfte der Siebeler

konnte als mürkisch volksbehaftet und durchdrungen von ihrer Aufgabe bezeichnet werden. Aber auch ihnen fehlte die geistige und hochpolitische Unterfröhen, denn viele Ländchen, jahrzehnte Beamte des Staates und des Reiches verloren jeden Rest von Sinnkultur, wegen der polnische Propst mit dem Jünger drohte oder sich gar ein polnischer Parlamentarier regte. Ausnahmen befanden auch hier die Regel. Unsere polenischen Städter können ein Bild davon zinsen.

Während man in der Provinz Polen liebte, wanderten aus Olspreußen, Westpreußen und Schlesien Hunderttausende in Millionen nach dem Westen ab, auch die Städte der Provinz Posen, vielfach aber auch das flache Land, ohne die Massen her, um die Großstädte des Westens zu füllen, und statt einer Erhöhung der Bevölkerungszahl pro Geometrischen Kilometer erlebten wir das Gegenteil, ein Abflinken der Bevölkerungszahl. Was allein Olspreußen in jener Zeit an Menschen nach dem Westen abgab, hätte genügt, um den ganzen Osten mit einem Heer von Siedlern zu überziehen, die im Osten aufgewachsen waren, auch kannten sie mit der Wirtschaft, dem Klima, dem Boden und den sonstigen Eigenarten des Ostens vertraut waren und jehmal besser zur Siedlung sich geeignet hätten als Westländer, die Schwaben ausgenommen. Hätten wir ein wirkliches Olsprogramm gehabt, jo hätte der Staat zugriffen und niemals gelitten, daß dieses wertvolle Menschennaterial in den Fabriken des Westens zugrunde ging und proletariatisiert wurde. Man hätte aber kein Verständnis für diese Fragen, die Industrie und der Bergbau brauchten Menschennaterial, und der Osten war das große Reservoir, aus dem man unbedenklich schöpfen zu können glaubte.

Herr Oberregierungsrat Schlenker hat als erreichbares Ziel uns Arbeit folgenden bezeichnet: Wiederherstellung der alten Olsgrenze. Damit Siedlungsraum für ein Menschenalter. Zugleich Stützung der Minderheiten in Böhmen, im Baltikum, in Ungarn und Tirol. Solsunium mit Österreich. Und Herr Oberregierungsrat Schlenker fragt uns, wie wir die weitergehenden Forderungen des Olsprogrammes, das uns vornehmst, angeht, der militärischen Machtlosigkeit Deutschlands eigentlich glauben verwirklichen zu können. Da ist wohl die Gegenfrage erlaubt: „Wie denkt sich Herr Ober-

regierungsrat Schlenker denn die Wiederherstellung der alten Olsgrenze, die wirkliche Durchführung das Wiederbestandes und die Verwirklichung der — im letzten Jahre geäußerten — Solsunium?“ Ich glaube, wir werden wieder die beschränkte Aufgabe der Wiederherstellung der alten Grenze nach die umfassende Aufgabe einer Reuegestaltung des ganzen östlichen Raumes zu lösen imstande sein, wenn wir nicht zu einer völlig neuen Haltung in allen, für unser Volk wesentlichen Lebensfragen gelangen. Die Umstellung muß von innen heraus erfolgen; sie ist festlicher, restauratorischer Art. Um eine Olshebung, wie wir alle sie fordern, durchzuführen zu können, reicht es nicht aus, daß Großstädter vorhanden sind, die aufgestellt werden können, und es genügt auch nicht, daß durch Parlamentsbeschlüsse und in Rekrutierungsaktionen das notwendige Geld bereitgestellt wird. Die Olshebung wird immer ein Unternehmenseinzelner bleiben, wenn das Volk nicht als Ganzes zu einer ganz anderen inneren Einstellung zum Boden gelangt; sie wird im Grunde verfallen, wenn das Volk den Boden nur als Wirtschaftsboden als Lebensgrundlage betrachtet. Wir werden den Anforderungen, die eine wirtschaftliche Durchdringung der osteuropäischen Länder an uns stellt, nicht gerecht werden können, wenn wir mit der Weltwirtschaftsbiologie des westlichen Kapitalismus an diese Länder herantreten wollen. Wir werden politisch in den Osten nicht eindringen können, wenn wir uns immer nur mit den „intellektuellen“ Schichten der dortigen Völker befassen, uns aber nicht um das zu politischer Geltung aufsteigende Bauerntum kümmern, das die Massen dieser Völker bildet und deren Boden gegenüber dem Osten verlagert, wenn wir ihm nur als die Vermittler und Interpreten der liberalistischen Gedankenwelt begreifen, die mir selbst vom Westen übernommen haben. Wir können feststellen, daß wir mitten in dieser Umstellung leben, daß wir dabei sind, den engeren Zusammenhalt mit dem Boden wiederzufinden, die weltwirtschaftlichen Verflechtungen zu lockern und uns aus der kulturellen Bevormundung durch den Westen zu lösen, daß wir also äußerlich frei werden und innerlich reif werden für die Aufgabe im Osten. Alfred Singsgar Schmidt.

Bücher, die uns angehen.

Für Heim und Jacht.

Jungensfahrten. Herausgegeben vom österreichischen Jungenkörpers. Verlag Eichenhorffhaus Wien 1932. 170 Seiten mit 42 Bildern. Kart. 3,50 M. Ein Buch, das jeden Jungen begeistert wird. Fünf Großfahrten des österreichischen Jungenkörpers werden in der frischen, lebendigen, etwas aufgereizten Sprache jugendlicher Wikinger geschildert. Die Fahrten liegen zwischen dem 35. und 75. nördlichen Breitengrade. Eine kräftige Karte zeigt die hausergebenen Ausdehnung dieser Wikingerabenteuer gut und eindrucksvoll. Der nordlichste Punkt, den die Jungen erreichen ist die Eismerinial-Romaja Senia, der südlichste die Insel Kreta. Da gibt es abenteuerliche Erlebnisse in den Schichten des Balkans, eine spannende Fernfahrt auf dem blauen Donauströme, Vagereien im Feuerzeit, Wanderungen durch ehemalige Kriegsgebiete, kurz alles, was Wabemherren erfreuen und lächeln kann. Freimütig wird über Land und Leute geurteilt, erste politische Gedanken werden regt — über allem steht die verborgene Liebe zu Deutschland.

Für die ostpolitische Schulung:

„4000 Jahre bezeugen Danzigs Deutschtum“ von Franz Steffen. Westpreussischer Verlag, Danzig, 11. Band 2. Kart. 5 RM.; Volan 6,50 RM. Das Buch des Hauptforschers der „Danziger Landeszeitung“ stellt in der reichen Danziger Literatur wohl die brauchbarste Darstellung der Entwicklung Danzigs und des Danziger Landes dar. Sein wissenschaftlicher Stil verbindet jenseitig trockene Sachlichkeit, die den Daten das Verhältnis vieler anderer Danziger-Bücher erschwert. Dabei ist die Darstellung, die Steffen gibt, in allen Einzelheiten auf — zum Teil eigene — wissenschaftliche Forschung begründet. Wer den ungeklärten Fragen weiter nachgehen will, findet im Anfang über jede einzelne von ihnen die erforderlichen Literatur- und Quellenangaben. Ein rühmenswerter Vorzug des Buches ist es auch, daß es sich nicht auf einen bestimmten Zeitabschnitt der Danziger Entwicklung beschränkt, sondern auf etwa 300 Seiten einen umfassenden Überblick von der ersten Zeit bis zur prussischen Zeit gibt und damit in einem Buch den lückenlosen Nachweis von Danzigs Deutschtum erbringt. Das Buch ist eine Streitschrift gegen die Füge vom „polnischen Danzig“; es war daher nur zweckmäßig, wenn die prussische Zeit Danzigs, also die Zeit von 1795—1920, für die der deutsche Charakter Danzigs auch von polnischer Seite niemals ernstlich angezweifelt worden ist, in diesem Buche nicht behandelt wurde. Wichtig und begründenswert ist es dagegen, daß die heutige Stellung Danzigs zu Polen wie für im Vergleich die Diktate geschaffen worden ist, einleuchtend in scharfer und aufrechter Weise dargestellt wird. Sehr gut ist die Gegenüberstellung des heutigen Danziger Stadt- und Landschaftsbildes mit der Landschaft, wie sie vor Jahrhunderten die ersten deutschen Kolonisten vorfanden;

denn ein solcher Vergleich läßt die ganze Größe des deutschen Kulturmerkes erkennen. Die Darstellung der „pommerellischen Zeit“ Danzigs erbringt den Nachweis, daß das Land in dieser geschichtlichen Zeit eben so wenig wie später jemals unter polnischer Herrschaft oder polnischem Einfluß, sondern auch damals schon unter der beschränkten Einwirkung des Deutschtums standen hat. Die erste Hälfte Danzigs unter dem Deutschen Orden und ihr tragisches Ende im Jahre 1454 werden meisterhaft und geschicklich mit Hilfe der neuesten Forschungen in der Darstellung Steffens die sogenannte „polnische Zeit“ von 1454—1795 ein, da die polnische Propaganda gerade auf diese Periode die ungehörigen polnischen Ansprüche auf die deutsche Stadt zu stützen veracht. (Siehe hierüber auch den Artikel „Die polnische Zeit“ in den Nummern 49 und 50.) Dabei hat der Verfasser trefflich verstanden, den deutschen Charakter Danzigs in polnischer Zeit nicht nur in nationaler, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, sondern auch in sozialer, literarischer, wissenschaftlicher und künstlerischer Schöpfung und Wollens überdeutlich darzustellen. Die gute Ausstattung mit zahlreichen Bildern, der flüssige Stil und die unvollkommene Beherrschung des Stoffes sichern dem Buche einen bevorzugten Platz in der Danziger- und Osliteratur. Dr. R.

Weltkrieg ohne Wollen. Von Hans E. Himme. J. G. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart, 1932. 294 Seiten. Kart. 4,50 M.

Zu den Dingen, mit denen sich der Deutsche am wenigsten gern beschäftigt, gehören die Fragen der Kriegs- und Auslandspropaganda. Man vernachlässigt dieses Gebiet, weil man es für unheimlich, sich mit „Sach- und Verleumdung“ zu befassen, und weil man davon überzeugt ist, selbst lauter Werte zu besitzen, daß eine Propaganda und andere Dinge nicht zu erfinden seien, die man zu urteilen, unter-nehmen zu können, die Wirkung geistlicher Propaganda völlig und vergriff, das gerade die beste und gefährlichste Propaganda nichts mit Verleumdung und Sach zu tun hat, sondern gerade auf der Tatsachemäßigkeit beruht. In dem vorliegenden Buch ist nun der dankenswerte Versuch unternommen, die Propagandarbeit der Feindmächte während des Krieges darzustellen. Mit am interwichtigsten ist das Kapitel, das der Tätigkeit der im Interesse Frankreichs gegen Deutschland arbeitenden „Deutschen“ gewidmet ist und das wieder einmal deutlich zeigt, wie der deutsche Sach- und Tatsachemäßigkeit durch sogenannte Deutsche die schwersten Schäden zugefügt werden. Dr. Ch.

Sprachspiel und Volkstumsentwicklung. Von Hans Schmid. Abendroth'sche Verlagsbuchhandlung, Münster, B., 1932. 142 Seiten. 8 Bänder. Geb. 5,50 M.

Die Sprachspielentwicklung gehört zu den besonders auffälligen kulturpolitischen Aufgaben, da sie uns eine Fülle von Nachweisen über die Entwicklung der in den Osten vorgebrachten deutschen Volkstümlichkeit vermittelt. Die vorliegende Arbeit greift die Sprachspiel-Mechanik in Galizien heraus und gibt neben einem eingehenden geschichtlichen Überblick eine gute Schilderung der Bevölkerungsentwicklung der geistigen und wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Siedler. Dr. Ch.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Ernst Otto Thiele, Berlin-Steglitz. — Verlag: Deutscher Olsband E. R., Berlin. Einblendungen an die Schriftleitung, Berlin W. 30, Postfach 22 (Jennrich B5 Barthastraße 9061). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.

Von den Polen in Deutsch'land.

Die Heße der „Gajeta Olsztynska“.

Das polnische Heßblatt in Allenstein, die „Gajeta Olsztynska“, wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen wegen Verhöhnung und böswilliger Verächtlichmachung der Behörden für die Dauer einer Woche (20. November bis 6. Dezember) verboten. Das Verbot wurde auf Grund zweier Artikel in Nr. 273 („Erinnerungen aus den Wäldungen im Kreise Slatow“) und Nr. 275 („Wie das deutsche Wohlleben gegenüber uns Polen auslieft“) ausgeprochen. Demnach fand am 5. Oktober in einem Dorfe des Kreises Stuhm eine Wahlversammlung der Polnisch-katholischen Volkspartei im Raum der polnischen Priostafeln statt. In dieser Versammlung meldete sich auch ein Vertreter der oppositionellen Richtung, ein Pole namens Sadowski, zu Wort. Die „Gajeta“ schreibt weiter von ihm: „Kerosis und kaum in der Gasse, seine Worte herauszuschüttern, mußte er aufhören; mit niedergeschlagenen Augen, unter dem Druck des Scham- und Schweißes stand er da...“ Er scheint den Polenabenteurern aber doch einige recht unbedeutende Dinge gesagt zu haben, sonst hätten ihn diese „temperamentvollen“ Versammlungsstreicher mehr zum Kopf so bebändelt, wie sie es tatsächlich getan haben. Sadowski mußte schließlich den Saal verlassen; „wohlweislich hat ihm dabei“, schreibt die „Gajeta“, „einer der anwesenden Gäste geholfen und die Tür so schnell hinter ihm geschlossen, daß er sich in der Eile brüchig die Seite einstecken mußte.“ Er wurde also offensichtlich mit Gewalt aus dem Saale entfernt, weil das, was er sagte, den anderen nicht gefiel. Sadowski hatte wohl begründeten Anlaß, gegen die, die ihm bei „Verleihen des Saales geholfen“ hatten, Klage wegen Körperverletzung zu erheben; und dabei stellte es sich dann heraus, daß diese „Helfer“ die Lehrer der polnischen Minderheitsschule gemeint waren. Auf Grund der Klage erschien am 10. November ein Kriminalkommissar zur Untersuchung des Falles mit dem Erfolge, daß die Verletzung dem polnischen Lehrer Sadowski am 18. November mittels, daß seine Tätigkeit an der Minderheitsschule nicht mehr ermunlich sei. Darüber hat die „Gajeta Olsztynska“ nun alle Tollung verloren: „Delothene Geugan“, schreibt sie, „Der antipolnische Fanatismus im Kreise Stuhm sieht alle doppelt, selbst die gemeinen Füßen entgleisler Menschen sind heilige Wahrheiten, denn sie stehen dem antipolnischen Kampfe... man muß sich wundern, wie tief der deutsche Behörden die durch gemeine Lügen gelogen kommen, wenn es darum geht den Polen, und besonders den polnischen Lehrern einen Schlag zu verfehlen... Die Schikanen der hiesigen Kreisbehörden gegenüber den Polen überschreiten alles menschliche Denken. Gleichgültig, ob es ein Kind ist oder ein Greis, ob ein Bauer oder ein anderer, wenn er Pole ist, führt er bei jedem Schritt, daß die aus der „freigelegten“ Hand der Behörden kommende Gewalt alle seine Handlungen auf kulturellen und wirtschaftlichem Gebiete knebelt.“ In diesem Konzepte es weiter. Es war höchste Zeit, daß dem Gatten der „Gajeta Olsztynska“ in Erinnerung gebracht worden ist, daß sie sich in Deutschland befinden und nicht in Polen, wo sich die einzelnen Parteien und Blätter in eblem Wettkampf darum streiten, wer von ihnen die beste Heße gegen Deutschland bestritten und die wirkksamsten Verfolgungen gegen die deutsche Minderheit durchgeführt hat.

Stillschließungen.

Betriebsüberwachung ausführender Offizienbetriebe.

Bei der Durchführung der Offizienstillhaltung ist vorgesehen, daß sich die landwirtschaftlichen Betriebe auf Anfordern des Darlehensgebers einer laufenden Betriebsüberwachung und in besonderen Fällen auch einer Oberleitung unterstellen. Hierbei ist zwischen der Überwachung während der Dauer des Entschuldungsverfahrens und der Überwachung nach dessen Durchführung zu unterscheiden. Eine laufende Betriebsüberwachung wird nur während der Dauer des Entschuldungsverfahrens auf die im Sicherungsstufung befindlichen Betriebe von dem Kreditgeber ausübend nach Durchführung des Verfahrens bestimmt der Darlehensgeber eine ihm genehme Überwachungsperson. Der Reichskommissar für die Offizien hat den Landstellen eine Anweisung erteilt, daß von der Möglichkeit der Ausübung einer Betriebsüberwachung oder einer Oberleitung nur gegenüber solchen ausführenden Betrieben Gebrauch gemacht werden solle, bei denen die Verdon des Darlehensnehmers oder der Zustand des ausführenden Betriebes vom Standpunkt der Sicherheit des Entschuldungsverfahrens aus eine solche Maßnahme notwendig mache. Falls eine Betriebsüberwachung oder Oberleitung unumgänglich notwendig erscheint, sei sorgfältig darauf zu achten, daß dem Betrieb nur möglichst geringe Kosten (von allem Betriebsüberwachung durch einen benachbarten Vorkauf) erwachsen.

Durch die Ausweisung des Sarnowski nach die polnische Schule in Altmark zunächst ohne Lehrer. Als Ersatz ist nun der polnische Lehrer aus dem nortige Kilometer entfernten Ort Reumark nach Altmark verlegt worden. In der Reumark zur Zeit obere polnische Minderheitsschullehrer ist. Die polnischen Minderheitsschullehrer in Altmark müssen daher die polnische Minderheitsschule in Altmark besuchen. Sie werden täglich im Kraftwagen zur Altmärker Schule gebracht und mittags wieder nach Reumark zurückgefahren. Offenbar will man durch dieses „Dienst am Schulkinder“ eine weitere Abwanderung von der Minderheitsschule verhindern. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die polnische Großgrundbesitzer im Kreise Stuhm diese täglichen Schulautofahrten bezahlen.

Polen-Gymnasium in Allenstein?

Daß die Polen die Eröffnung ihres Gymnasiums in Weuthen um Anlaß nehmen würden, noch weitergehende Forderungen zu erheben, war vorzusagen. Der Weuthenerkometen hat schon jetzt, von der Betrieb in Weuthen noch nicht voll aufgenommen ist, den Anspruch auf ein zweites Gymnasium, ein Mädchen-Gymnasium in Westerschlesien, angemeldet. Zugleich wird systematisch der Gedanke propagiert, auch noch in Ostpreußen ein polnisches Gymnasium zu gründen. So heißt es in der Weuthenerpresse am 13. November in einem Artikel, der die Hilfsbereitschaft der Berliner Polen bei der Eröffnung des Weuthener Gymnasiums rühmend (bekanntlich ist die Berliner „Gajeta“ die Eigentümerin des Weuthener Schulbüchses) u. a.: „Der schönen Beispiel Berlins sollte Weuthen folgen. Je rascher es sich dazu entschließen und aus Werk geben wird, um so rascher wird in der Chronik der nachkriegszeitlichen Weithergurt der polnischen Bevölkerung in Deutschland ein neues Datum, die Eröffnung des zweiten polnischen Gymnasiums in Ostpreußen, erstoblen.“ Ähnlich im „Maut“, dem in Ortelsburg erscheinenden Weuthenerblatt. Dort kamit sich am 16. November ein Vertreter der polnischen „Intelligenz“, dem nicht vorhandenen Lehrer den Wert klarzumachen, dem polnische Schulen angeblich gerade in Mafaren bestehen würden: „Mache den Anfang“, so schließt er seinen Artikel, „begünne neue Kinder im polnischen Weuthen und Schreben auszubilden, oder bringe zehn Kinder zur Eröffnung einer polnischen Schule zusammen; das übrige wird Gott tun, dieser höchste Freund der Bedrückten, sowie das kürzlich eröffnete polnische Gymnasium in Weuthen und — das zukünftige polnische Gymnasium in Allenstein.“

Letztlicher Vorstoß?

Der Letztliche Verein in Riga hat die Absicht, eine Expedition nach der Kurischen Nehrung auszurufen, um den Besohnern der Nehrung eine Anzahl von letzten Weithern und Weithen sowohl unterhaltenden wie wirtschaftlichen Inhalts zu überbringen. Nach der Behauptung der Letten gäbe es dort 5000 Letten, „die den Zusammenhang mit der Masse des lettischen Volkes verloren haben“. Es ist nicht recht klar, was die Besohnen der Kurischen Nehrung um den letzten Propagandaheftchen anfangen sollen. Den Versuch aber, hier eine künstliche Weithen zu schaffen, wird sich Deutschland ganz energisch verbitten.

Senkung der Gewerbesteuer im Offizienbetriebe.

Ein Teil der Mittel der Offizien ist bekanntlich dazu bestimmt, die Gemeinden dafür zu entschädigen, daß sie die Gewerbesteuer senken. Diese Mittel werden verteilt nach Anordnung aller Provinzialparlamente, also des Landesparlamentes, des Regierungspräsidenten, der wiederum die Unterlagen vom Landrat erhält. Die Verteilung erfolgt dann vom Reichsinnenministerium im Einvernehmen mit den Landesregierungen auf Vorschlag der Oberpräsidenten. Im einzelnen entfallen auf die Provinzen:

Ruderschlesien	2,2 Millionen RM.
Oberpfalz	2,2 Millionen RM.
Sachsen	300 000 RM.
Brandenburg	1,225 Millionen RM.
Ostpreußen	300 000 RM.
Pommern	2,2 Millionen RM.
Schleswig-Holstein	590 000 RM.
Bayern	200 000 RM.
	450 000 RM.

Wie diese Summen auf die einzelnen Städte verteilt werden, wird von den zuständigen Stellen als interner Vorgang betrachtet, um bei der Verantwortlichkeit der Interessen Kämpfe zwischen den Städten zu vermeiden.

Deutsche Ostmärker!

Weihnachtsgeschenke
kauft nur bei Conoleuten, die Ihr dadurch wirklich in ihrem schweren
Existenzkampfe unterstützen können!

Entschädigungswesen.

6 % ige Reichsschuldbuchforderungen.

Trotz der Unficherheit, die sich in der letzten Zeit durch die Ver-
fälschung, eine parlamentarische Regierung zu bilden, hat sich der
Vertrauenstand besonders hinsichtlich der Reichsschuldbuchforderungen
verhältnismäßig gut gehalten. Die Bestätigung, daß das inwischen
neu gebildete Kabinett Maßnahmen auf wirtschaftlichen Gebieten zur
Arbeitsbeschaffung ergreifen würde, deren Finanzierung sich unter
Umständen kreditansprechend auswirken könnte, hat zwar das Kauf-
interesse für Schuldbuchforderungen gehoben, jedoch konnte ein Rück-
gang der Schuldbuchkurse nicht vermieden werden. Wenn man auch keine
größere Kurssteigerung der Schuldbuchforderungen für die nächste Zeit
erwartet, so ist u. a. andererseits auch nicht mit einem wesentlichen
Rückgang der Schuldbuchkurse zu rechnen. Um unseren Lesern ein
anschauliches Bild über die Entwicklung der Schuldbuchkurse in diesem
Jahr zu geben, stellen wir nachfolgend die am 1. Januar, 12. April,
1. August und 6. Dezember 1932 unverbindlich genannten Kurse gegen-
über:

1. Januar 1932		12. April 1932	
I.	II.	I.	II.
1933 72	0 p. H.	1933 89	0 p. H.
1934 65	"	1934 77 1/2	"
1935 63	"	1935 69	"
1936 56	"	1936 66	"
1937 50	"	1937 57	"
1938 46	"	1938 52	"
1939 45	"	1939 51	"
1940 44	"	1940 50	"
1941 42	"	1941 48	"
1942 39	"	1942 46 1/2	"
1943—18 . . 39	"	1943—18 . . 45 1/2	"

Wiederaufbauaufschläge 1944/45 13 p. H., 1946—48 12 p. H.

1. August 1932		6. Dezember 1932	
I.	II.	I.	II.
1933 82	0 p. H.	1933 99	0 p. H.
1934 93 1/2	0 p. H.	1934 94	"
1935 80	"	1935 89	"
1936 76	"	1936 84 1/2	"
1937 70	"	1937 81 1/2	"
1938 68	"	1938 79	"
1939 65	"	1939 78	"
1940 62	"	1940 74	"
1941 59	"	1941 73	"
1942 58	"	1942 72	"
1943—48 . . 56 1/2	"	1943—48 . . 71 1/2	"

Wiederaufbauaufschläge 1944/45 20 p. H., 1946—48 19 p. H.

Aufwertung deutscher Vermögen in Polen.

Aufwertung der Westpreussischen Alten und Neuen Landschaftlichen Pfandbriefe.

Nach Mitteilung des Verwaltungsrats der Alten und der Neuen
Westpreussischen Landschaft betragen die auf Grund der vorhandenen
Kellungsanleihe festgestellten Abzugssumme für die Westpreussischen al-
tlandschaftlichen Pfandbriefe 4,22 p. H. und für die Westpreussischen neu-
landschaftlichen Pfandbriefe 8,25 p. H. des Geldmarktwertes der Pfand-
briefe. Da von dem Verwaltungsrat eine Ausgabe von Plauditions-
Geldpfandbriefen an Stelle der umlaufenden Marktpfandbriefe vorläufig
nicht vorgezogen ist, soll die Aufwertung der Pfandbriefe durch eine
Barauszahlung aus den vorhandenen Kellungsanleihen erfolgen.
Nach dem letzten Bericht des Verwaltungsrates schweben Verhand-
lungen mit dem Preussischen Landvolkskreditministerium über die Aus-
scheidung der hierzu angekauften Kellungsanleihen an die Pfandbrief-
inhaber. Die Angelegenheit ist bereits so weit fortgeschritten, daß vor-
ausichtlich noch im Laufe dieses Jahres eine Aufkündigung der um-
laufenden Pfandbriefe erwartet werden kann. Die alten Papiermark-
pfandbriefe werden nurzeit noch an der Berliner Börse amtlich
notiert; es stellte sich aber am 6. Dezember 1932 notierte Kurs für West-
preussische altlandschaftl. Pfandbriefe auf 3,40 p. H., für Westpreussische
neulandschaftl. Pfandbriefe auf 6,60 p. H.

Aus der Bundesarbeit.

Verammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Neiniedendorf: Weihnachtstfeier am Sonn-
abend, 17. Dezember, abends 7.30 Uhr, im Vereinslokal Sadow,
Reinickendorfer-Ofz., Rehdorfstraße 124, Ecke Alendstraße, vorher
7 Uhr Monatsversammlung, Sonntag 15. Dezember.

Ortsgruppe Kiel: Hauptversammlung am 13. Dezember, 20.30 Uhr, im
Klubhaus d. W. Ehrung treuer Mitglieder, Jahresbericht, Rollen-
bericht, Vorstandswahl u. a. m.

Ortsgruppe Magdeburg: Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, im
Konzerthaus Weichardtstraße. Dompropst Martin hält
die Predigt.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Der **Jugenddienst** des Landesverbandes Berlin-Brandenburg hatte
zu einer Adventsfeier in den Räumen des Landesausstellungsparks am
Vortage, Sonntag, den 4. Dezember, eingeladen. Die zahlreich an-
wesenden, unter Vorsitz des Landesvorsitzenden, konnte dankenswerter
Einsparung, die sich aus den Beiträgen und Familienangehörigen
des Braundienstes sowie aus den Reihen des Bundespräsidiums zu-
sammenfanden, begreifen. Nachdem der erste Teil der Veranstaltung,
der dem Adventsabendessen in sehr stimmungsvoller Weise gemischt
war, verklungen war, gab der Reichsjugendführer Dr. Schiele
der verstorbenen Heimat, der mit unansehbarer Liebe geführten haben-
Sicht folgende maltschliche Darbietungen wechselten mit Aufführungen.
Bei einem Weihnachtsmärchen wirkte in besonders anmutiger Weise
das Töchterchen der Frau Langke mit der Mutter als Nupst und
Waltrudt Söbel mit. So veranlassen die Stunden schnell in
heftigsten Ausblick auf das Christfest und einer Wandlung des
aus Ostpreußen jugendlichen Lieders von 1918. Eine besondere Weise
sah der Abend dadurch, daß zahlreiche Studierende aus
den deutschen Volkgruppen das Ostens an diesem So-
abend als Familienfest ausgefallenen Abend erschienen waren. In
heller Freude und Dankbarkeit schiedelten die Vertreter der ein-
zelnen Landesgruppen ihren Dank dafür, daß es ihnen vergönnt
war, wieder einmal fern der Heimat an einem deutschen Familien-
fest teilnehmen zu können. In anregendem Gedankenaustausch
wurden manche Säden für weiteres Zusammensein und Zusammen-
wirken gesprochen. In diesem Sinne richtete noch namens des Bundes-
präsidiums Herr Geheimrat Schmidt einige Worte an die Verammlun-
g. Mit einer Verlobung der für die Weihnachtsfeier noch den
festlichen Mitgliedern des Braundienstes geordneten Säden schloß
der Abend. Zu erwähnen ist noch, daß die Eingangsfeier, nach
Eras Kraut und weitere Gebiete von Erika Gölden-
gestrichen wurden. Sri. Pfeiffer trug „Dobem“ von D. Rütke
vor, während Sri. Herta Glaser durch mehrere Gesangsstücke
erfreute.

Landesverband Ostmark.

Die **Ortsgruppe Mauthagen/Mark** hielt am 13. Dezember im
Zentral-Hotel eine Mitgliederversammlung ab, die im Zeichen der
Gründung einer Jungchar- (Jungmädchen-)gruppe fand. Der
Vorsthende, Lehrer Böcker, begrüßte den für diesen Abend
gewonnenen Redner, den Reichsjugendführer Herrn Dr. Schiele,
wie die unter Führung von Sri. Elise Jenner zusammengesessene
Jungmädchengruppe. Einem gemeinsamen gelungenen Liebesfest
Rezeptionen durch die Mitglieder der zu gründenden Jungchargruppe:
Brechtel, Kallins, Schiele, Erika Jenner, Erika Jenner,
Kleemann, Seifert, Ramm, Schiele und Elise Jenner.
Reicher Beifall wurde ihnen zuteil. Dr. Schiele sprach mit heiliger
Übersetzungstreue und Begeisterung über die Notwendigkeit der Jung-
chararbeit im Ostland. Es handelte sich nicht um die Verfechtung
wirtschaftlicher Sonderinteressen, sondern um die Erhaltung und Förde-
rung deutscher Art, deutschen Wesens, deutscher Kultur, um den Be-
stand des deutschen Vaterlandes schließlich, dem die Jungchargruppen
zu dienen hätten. Nicht, wie die Jugend bald, beide die Zukunft,
sondern der, dem eine Lebensarbeit zu leisten vermögen, der beide die
Jugend. Das Wissen um die Offense für nur möglich durch plan-
mäßige Schulungsarbeit in Kampfgruppen, die sich betragt und mit
guter Seele in den Dienst der Sache stellen. In ungeschwieger Weise
schilderte der Redner die aus eigener Erfahrung gesammelten Ein-
drücke ostpreussischer Grenznot und die durch die Jungchar den Ost-
land bereits geleistete Grenkulturbauarbeit in Ost-Preußen. Er ent-
wickelte in großen Zügen das zukünftige Arbeitsprogramm, zu dessen
reger Teilnahme er die neugegründete Gruppe aufforderte. Die Jung-
charleiterin dankte für die hellen Ausführungen. Weitere Be-
ziehungen der Grenzkolonisten wurden entgegengenommen. Nach
Kantgabe des Inhalts der eingegangenen Randbriefchen und Be-
sprechung des für den 3. Dezember beschlossenen Ostlandabends wurde
die Verammlung geschlossen.

Landesverband Niederschlesien.

Die **Ortsgruppe Grünberg** hielt am 7. Dezember im „Wallfisch“
ihre feilliche Monatsversammlung ab, in der der Vorsthende, Ho-
lzkaufrmann Poppel, den Inhalt des den Ortsgruppen jugendlichen
Landesvereins Nr. 8, betreffend Urkundenausforderung aus den Ent-
schädigungskonten, bekanntgab. Hieran schloß sich eine rege Aus-
sprache. Anschließend verlas der Vorsthende u. a. ein herzlich
gehaltenes Abschieds schreiben des noch Zeuzeitigen verstorbenen Mit-
gliedes, Konrektor a. D. Schwauke. Es wurde beschlossen, eine Weih-
nachtsfeier abzuhalten. Verammlungsleiter Poppel hielt einen Vor-
trag über die geographische Ostmark. Der Vortrag war so
ausgezeichnet, daß die erschienenen jenseitigen Seiten des Polnisch-
wens den entzifferten Heimatgebiete mit all ihrem Bedrückungen
pokend vor Augen zu führen. Er erwähnte die Verarmten, die
drüben geliebten deutschen Brüder niemals zu vergessen und ent-

Mitteilungen aus der sſddeckischen Heimat.

Verfalleſes.

Regierungspräsident Schnner in Frankfurt a. O.

Der bisherige Ministerialrat Schnner, der — wie mir schon in der letzten Nummer mitteilen — numher endlich zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. ernannt ist, wurde am 11. Januar 1885 geboren, studierte in Berlin und Heidelberg Jura, diente als Einjährig-Freiwilliger bei den Cotonkopf-Infanteren in Danzig-Pangulau und ging als Referentoffizier dieses Regiments 1914 ins Feld. Als Mttelalter schied er 1918 aus und wurde Erster Staatsanwalt. 1921 wurde er als Regierungsrat dem Staatskommissar für die öffentliche Ordnung zugewiesen und dann als Oberregierungsrat in das preussische Innenministerium übernommen, wo er später als Ministerialrat in der Abteilung für Polizeiregionaluntersuchungsangelegenheiten tätig war.

Jubilium des Superintendents Starke-Garnikau.

Am 1. September beging Herr Superintendent Starke in Garnikau sein 25jhriges Jubilium als Seelsorger der Gemeinde Garnikau und als Superintendent. überaus jahrelange Gluckwunche bildeten einen lebhaftesten Beweis dafür, wie großer Liebe und Dankbarkeit Herr Superintendent Starke sich in allen Kreisen der Bürgerschaft erfreut. Rechtschaffenheit fand in der Kirche ein Siedertun. Der Jubilar betrat die Kirche unter Glockenlaut aus der Seite des Generalsuperintendents D. Blau-Polen, der in seiner Schlangensprache das Wirken und die Verdienste des Jubilars und die Treue zu seiner Gemeinde in einer Weise schilderte, daß alle tief davon ergriffen waren; vor allem der Jubilar selbst, weil sich das bei seinen herzlichsten Dankesworten zeigte.

Siegfried von der Kreuz 50 Jahre alt.

Im Vorjahre brachten mir in unserer eilsige „Offenbau-Kultur“ eine Wundigung des datterischen Schaffens Siegfried von der Kreuz 48, die numher am 2. Dezember d. J. sein 50. Lebensjahr vollenden werde. Wir verzeihen auf das, was damals über das schepferische Werk des in Knigsberg geborenen, jetzt in Berlin anjanglichen Dichters gelangt worden ist. Wir wollen indessen nochmals unserer Freude Ausdruck geben, daß deutsche Geistesart in diesem sſddeckischen Schaffenden von neuem eigenartigen und hohen Ausdruck fand. Sein letztes Werk insbesondere, der selbstbiographische Roman „Der Stier und die Krone“, vermittelt ein Bild seines geistigen Werdens im sſdpreussischen Raum, seine Kämpfe, sein Erfahren und Erfolgen menschlicher und menschlicher Tugenden. Gleichzeitig mit diesem Buch brachte der Verlag Leopold Knaub, Gotha, ein einführendes Werk über den Dichter heraus, aus der Feder seines Landsmannes Dr. Heinrich Spiro, das mir den Freunden des Kreuzschaffens mein empfehlen.

Das Präsidium der Grenzmarklichen Landwirtſchaftskammer.

Am der 17. Vollerfassung der Landwirtſchaftskammer für die Grenzmark Polen-Westpreußen wurden zu Präsidenten der Kammer der bisherige Präsident Ju-Attenhof (Hr. Meyerist) und der Nationalsozialist Wanda-Burien (Hr. Stotom) vorgeschlagen. Mit neun gegen acht Stimmen wurde Wanda-Burien, der Standortsfuhrrer der Sz. ill. gemacht. Zum Stellvertreter wurde ebenfalls mit neun gegen acht Stimmen Odo-Scheller Steinbrück-Driftsch (Kreis Schwern a. d. Warthe) zum Bauernratern gemacht. Als erstes Mitglied des Vorstandes wurde Kohl-Eschenhauz (Hr. Meyerist), Nationalsozialist, als zweites Mitglied Krämer-Rablau (Kreis Stolobau), Nationalsozialist, und als drittes Mitglied Well-Schläger-Steinfuhr zum Bauernratern gemacht. Ihre Vertreter wurden Corno-Milnetzenbu (Hr. Meyerist), Nationalsozialist, Blum-Schlag (Hr. Stotom), Nationalsozialist, und Baer in Dobrin (Hr. Stotom), Nationalsozialist. Während der Wahl benannten die Mitglieder des Landbundes geschlossen den Sitzungsfall.



Sein 25jhriges Amtsjubilium im Dienste der Stadt Bromberg beging am 24. Oktober Magistrats-Burodirektor Wladislaus Weber, zuletzt stellvertretender Leiter des Sicherheitsamtes, gegenwärtig der Umgestaltung des Einmohnerwohnraumes beschuftigt.

Verstorb. Der bisherige Präsident der Oberpostdirektion Frankfurt a. O. Schwanz ist in gleicher Eigenschaft nach Dortmund verlegt worden. Zu seinem Nachfolger ist Ministerialrat Dapgen ernannt worden.

Dr. Franz Doll hat sich in Polen-Verstorb als praktischer Arzt nieder-gelassen.

Abgelaufene Prüfung: Hr. Fritz Wittenbach, Tochter des Kaufmanns Albert Wittenbach (Schiffsfahrer in unserer eils. Westpreußen), in Waas-Einkel, fr. in Gaudenz, behand die Staatsexamen als Diplom-Handelslehrerin an der Universität in König, im „Sud“.

Geborene: Eine Tochter: Herrn Burgemeister Klapproth in Oelschleis-Kaltendorf am 28. 11.; Herrn Rittergutsbesitzer Herbert Wendorff-Schau, Zuphohorn, Kreis Gnesen, und seiner Frau Gertrud (Tochter des Generalapparatintendents von Polen); Herrn Regierungsrat im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Hans Perde in Grotz, Kreis Bromberg, am 14. Dez.

Verstorb: Hr. Marie Wirth, Tochter des Telegraphenbahndirektors Karl Wirth und seiner Gemahlin Hulda, geb. Debeslau, in Roskoff, Obendobr. 3, früher in Bromberg, Rinkauerstrae, mit Herrn Hans Wehnhoff in Wittberg in Meckl.

Silberne Hochzeit. Frau- und Kunsthochler Otto Andri mit seiner Gattin, geb. Polzke, in Mogino, am 28. 11. (21. konnte vor drei Jahren sein 25jhriges Geburtsjubilium feiern).

Geldene Hochzeit. Die Eheleute Stehler in Sarau, Kr. Nameth, am 27. 11.; Kaufmann Otto Watzfeld und seine Ehefrau Wanda, geb. Marold, in Oels, Burskerstrae, am 14. 11.; das Ehepaar Paul und Emma Krutzmann aus Biunowen (Sosnische) Kreis, am 30. 11.

Diamantene Hochzeit. Das Hauspaar Johann und Auguste De-generische Ehepaar in Berlin, Kr. Czarnikau, 85 und 82 Jahre alt, am 24. 11. (das Ehepaar hat zwei Söhne im Weltkrieg verloren).

Verlebte Offiziere: Stabkommando i. V. Anton Josef Kändler in Stolp, früher Bromberg, am 6. 12. 77 J.; Landratsprasident i. R. Scheiner Oberjubilant Otto Rieck in Potsdam, früher Bromberg, am 12. 12. 89 J.; Gendarmen-Regiment i. R. Baum Polizeikommissionar in Berlin-Schöneberg, früher Bromberg, Stubenbrugel, 12a, am 12. 12. 76 J.; Rentier Eward Schulz in Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 9 (früher Anhaber des Restaurants „Glasum“, verbunden mit Sommertheater, und langjähriger Vorsitzender des Gortnereverbandes in Bromberg), am 17. 12. 77 J.; Landjäger-Oberleutnant i. R. Peruch in Striegau, früher Gendarmen-Regiment-Oberaufseher i. R. Schram, am 21. 12. 71 J.; Eisenbahndirektorstelle i. R. Ferdinand Stehler in Striegau (Glogau), Bromberg Straße 398, früher in Polen, am 18. 12. 75 J.; Oberkreisleitender Offizier i. R. Bergshilbe, beim Berlin, Winkler-Str. 28, zuerst im Kronenbaum, Colpar-Obst-Str. 27—29, Mitbegründer und langjähriger Schriftführer der Ortsgruppe Berlin-Süd, am 10. 12. 60 J.; Kaufmann Ferdinand Lieblisch in Koffel, Mollkestr. 1, früher Königsberg, am 10. 12. 50 J.; Lehmannsrat i. R. Grzybowa in Koffel, Augusta-Viktoria-Str. 44, früher in Oels, am 19. 12. 80 J.; Witwe Anna Sunther, geb. Kindler, in Potsdam i. Westl., Gutzwiller, früher in Königsberg und Potsdam, am 28. 11. 65 J.; Schneidermeister Johann Ruhke in Dobers, Post-Kosau, früher im Kreisle Schram, am 11. 12. 70 J.; Schneidermeister August Hinkel in Angsburg, früher Bromberg, am 18. 11. 82 J. (Ortsgruppe Wriezen); Johannes Tritschke in Berlin-Karow, Johann-Georg-Str. 74, früher Galt- und Wandort in Milotowen, Kreis Strunbaum, am 10. 12. 83 J.; Gendarmen-Regiment i. R. Zuberman in Wollstein am 23. 11. 80 J.; Herrn Scheibel in Humberg 43, Kondernstr. 17, früher Samter, am 15. 10. 76 J.; Frau Anna Schel-

ber am 14. 11. 74 J.

Geborene: Frau Herrn. Regierungsrat und Notarin Lucie Mühle, geb. Huga, in Frankfurt a. d. Oder am 27. 11. 81 J.; Frau Hedwig Strojmski, geb. Waral, in Danzig, früher in Oels, am 25. 11. 59 J.; der praktische Arzt Dr. Alfons von Czernonowski in Lubitsch, 73 J.; Gartenerbesitzer Eward Graf in Kanfel, 76 J.; Schmiedmeister Antin Kommel in Bromberg, 65 J.; Waldamr Bronk i. Bromberg-Prentzenb., 63 J.; Beifahrer Albert Jahr in Gunterslog, Kreis Wriezen, 61 J.; Danabergmeister Wilhelm Sonnen alle in Bromberg, 63 J.; Frau Rittergutsbesitzer Ruth von Bluch in Olszowen, Kreis Dobuberg, Rittergutsbesitzer Fritz Damppe in Hofschofslog, Kreis Wriezen, 47 J.; Frau Johanna Krause-Lewicki, Ehrenvorsitzende des Jubilium Altersbundes, Bromberg; Frau Auguste Caschner, geb. Gwiz, in Samotſchin; Herr Rudolf Rauch in Dresden 15, früher Bromberg, am 30. 9. 75 J.; Hausmeister August Ruhn in Kottbus, Dresden Str. 48, früher Olszowen, am 31. 10. 59 J.; Mme. Emelina Dunkel, geb. Königs, früher in Wierkowsky, Kreis Polen-Off, zuerst in Barman, Wiedehausb. 8, am 18. 11. 80 J.; Kaufmann Emil Zacharia aus Wale in der Sandbahnklinik in Berlin am 29. 11. 43 J.; Friedrich Gertth in Hamburg, Nieburf. 6, früher Bromberg, am 26. 11. 65 J.; der altste deutsche Bürger Jakob Friedrich, Eilfbensmeiler Heinrich Huff (langjähriger Kirchenstuhler der evangelischen Gemeinde in J.) am 26. 11. 79 J.; Frau Niko Rubin, geb. Komann, in Schneiewitz, Aufschlager Str. 19, am 26. 11. 73 J.; Veterinararzt Hocke in Schwern (Warthe) noch am 1. 11. 82 J. im Alter von 21 J.; Kantorinmme Agnes Schufl, geb. Herbst, in Frankfurt a. d. O. am 30. 11.; Frau Kaufmann Marie Hofler in Gorben am 20. 11.; 64 J.; Leitender Dr. Johannes Duntzing in Vandberg (Warthe), vor 1906 bis 1924 Stadtverordneter, von 1911 bis 1919 Stadtverordnetenvorsteher und von 1924 bis 1925 unbesoldeter Stadtrat vor, am 27. 11. 65 J. (in den Beobachtungen wurde er vom Arbeiter- und Soldaterrat verhaftet, da er die ganze Bürgerschaft hinter dem um seine Vaterpflicht herbeizubringen auftreten lassen fand, wurde er alsold wieder freigelassen werden); Frau Bertha Rühr (Mutter des langjährigen vertriebenen Vorfahren unserer Ortsgruppe Radde in Wriezen, Reichensdorf-Off, Nefewinstr. 80, früher in Wronke in Polen, am 5. 12. 67 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus der Grenzmark Polen-Westpreußen. Dem. Der Reichsbanner für deutsche Jugendbetreuer hat das Herrenhaus des Reiches unter dem Namen der Reichsbannerjugend am 1. 11. 1931 aufgestellt und mit deutschen Landwirten befehligt wurde, nebst einem zwei Morgens großen Garten für 10.000 M. erwerben. Es soll darin eine Jugendherberge und ein Schulheim eingerichtet werden. Mit diesem Erwerb hat der Reichsbanner für deutsche

Jugendberatern, nachdem er erst vor kurzem das Schloß in dem von einer polnischen Minderheit bewohnten Dorf Groß-Dammer gekauft hat, bereits in zwei Dörfern mit polnischer Bevölkerung (das Dorf Reukramig ist bekanntlich die stärkste polnische Siedlung im Kreise Boms) den für die Jugendberatern und Heime für Fremden der Jugend eingerichtet.

Aus Deutsch-Oberschlesien.

Gleititz. Die ober-schlesischen Gollbierereien sind Verschiebungen von polnischen Getreide nach Weiberschiebungen auf die Spur gekommen. Nach der Senke Konvention können bestimmte Reingehalte ober-schlesischer Getreides nach Deutschland eingeführt werden, wenn die Gollbiererei der Landeswirtschaftskammer Rottom und eine entsprechende Genehmigung des deutschen Generalkonsuls in Rattom vorliegt. Eine ober-schlesische Firma hat sich dies zunutze gemacht und auf Grund falscher Ursprungsgenüsse bzw. falscher Angaben ober-schlesischer Ausfuhrscheine die Schiebungen vorgenommen. Wie die „Ostfälische Morgenpost“ berichtet, soll in diese Angelegenheit der polnische Landrat des Kreises Lublitz, „Blisk“, verwickelt sein, der zu diesem Zwecke Getreide aus Rottom-Pruten nach Oberschlesien eingeführt und es auf Grund von falschen Papieren als ober-schlesisches Getreide nach Deutschland verschoben haben soll.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Polen.

Bromberg. Aus Anlaß des schließlichen Bestehens des Gewerkschafts- und Handwerker-Vereins hat der Stadtpräsident der bisherigen Kirchenstraße (am Friedhof) den Namen „Łojka Magjynjickiego“ gegeben. Magjynski war der Gründer des obengenannten Vereins.

Hohenhausen. Auf dem Gute Jacksch übrangen Einbrecher in die Familienkassette der Freiherren von Sternfeld ein. Die Grabhücker erbrachen die Särge und verstreuten die Gebeine, als sie keinerlei Wertgegenstände fanden, auf den Boden.

Welschitz. Am 22. Oktober feierte die evangelische Kirchengemeinde ihr 150jähriges Jubiläum, verbunden mit der Hochzeit zweier Söhne. Ein ehemaliges Gemeindeglied hat an Stelle der zwei im Kriege hingekommenen Söhne zwei neue Bronzeplaketten geschenkt. Herrlichen gärtnerischen Schmuck hatten die größten Herrschaften in Lubosin geschenkt. Die Selbstredet hielt Generalappellintendent D. Frau, Polen. Auch Superintendent Ahmann aus Bromberg und Pfarrer Jutz aus Siemno blieben Anwesende.

Olfa. Erschossen hat sich Hauptmann Jzdebki von Olfa am 25. polnischen Inf.-Regt. angeblich infolge Rechenjammersbrüche bzw. eines Nervenleidens, das noch aus dem Weltkrieg herbrühte.

Polen. Beim Weiberschlausschuss des Magistats ist eine Unterlebensung in Höhe von etwa 50 000 Zloty festgelegt worden. Als verhängig wurde der Refresser Janek festgenommen.

Schillberg. Verhaftet wurde der Erbrer Felix Wygodka aus Kalkowicz, Krs. Schillberg, angeblich infolge einer Anzeige von Eltern, daß er sich schon längere Zeit an Schwestern vergangen habe.

Aus Westpreußen.

Brielen. In Wittberren hat Brielen ihr für Töchterei Landwirt Glasz einen Raubmord zum Opfer gefüllt. S. der sein Grundstück vollkommen allein bewirtschaftete, war plötzlich vermisst worden. Nachbarn, denen das verdrößt vorkam, punal auch das Vieh im Stall vor Hunger brüllte, benachrichtigten die Polizei. Diese fand die Wohnung in größter Unordnung vor, Schränke und Schubladen erbrochen. Glase selbst fand man nach langem Suchen gefesselt und mit Stroh bedeckt in der Scheune tot auf. Nach Ansicht der Polizei handelt es sich um einen Raubmord, da S. allgemein als vermögend angesehen wurde.

Graben. Das „Dommereller Tageblatt“ berichtet, daß nach der Entlassung des beschuldigten Direktors Rogoll der Aktienbrauerei Kunterstein in Graben und dessen Erhebung durch einen polnischen Offizier (I) nun auch der letzte deutsche Angehörte der Firma entlassen worden ist.

Aus Oberschlesien.

Rattom. Wie die „Polonia“ berichtet, wurde der 21jährige deutsche Reichsangehörige Moa aus Hohenlind

beim unerlaubten Grenzübertritt verhaftet und in einem Eisenbahnwaggon aus zwei polnischen Grenzposten so gefoltert, daß er in das Krankenhaus nach Piasniki gelieft werden mußte, wo er erst nach vier Stunden das Bewußtsein wiedererlangte.

Bücher.

Wetter im Osten von Heinrich Hauser. Eugen Diederichs Verlag Jena 1922. Geh. 3,60 M., kart. 4,80 M., Einem 5,80 M. 235 Seiten. — Ein Buch über Ostpreußen von einem, der das Land nur von einem vorübergehenden Aufenthalt kennt, sich in den wenigen Monaten, die er dort war, aber in manche Eigenheiten und dringende Probleme dieser Provinz mit offenem Auge und hartem Unterfalle eingelebt hat. Der Verfasser hat nicht den Ehrgeiz, die großen politischen Fragen, zu deren Beantwortung er sich nicht berufen fühlt, zu erörtern, sondern er will nur schildern, wie ein Weidwähler, der zum ersten Male nach Ostpreußen kommt, dessen Städte und Dörfer, Gutshöfe und Menschen erlebt. Er legt das stärkste Gewicht auf die Erörterung des Siedlungsproblems; er schildert seine Eindrücke auf einem ostpreussischen Gutsbetrieb, seine Beobachtungen über die Landarbeiter, seine Unterhaltungen über das Siedlungsproblem mit Bewörterten und Ökologen des Großgrundbesitzes, die bürokratische Abmüdung der Ostfälte u. a. m. Das Buch erste Diederichs schildert, konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß gar manches einseitig geschrieben wird, doch der Verfasser Einzelgedenke, die er erhascht hat, mitunter zu stark verallgemeinert, zu sehr vom Einzelfall auf die Gesamtheit schließt. Das ist ein merkwürdiger Mangel. Auch sonst gibt es Sätze in dem Buche Sauters, von denen man wünschen möchte, daß sie nicht geschrieben worden, so wenn er die Förderung des polnischen Minderheitsbildungswesens zu verheißt“ ausbleibt oder noch der „Stamm“ des Nennelandes spricht oder wenn er die soziale und menschliche Spannung zwischen Landarbeiter und Gutsherren gar zu scharf schildert. Für diese Mängel entschuldigend aber die lebendige und persönliche Art der Schilderung, die ein starkes Mitleiden weckt, das sich j. B. in Sätzen äußert wie diesem: „So sind im Charakter des ostpreussischen Menschen die Züge des deutschen Volkscharakters vererbt, vertieft, verdeutschlicht ausgesprägt. Vom Charakter her gegliedert: der geistliche Ökonomie der Provinz des Nordens, das Ostpreußen der Ostpreußen, die Inseln der Ostpreußen hat einen tiefen Sinn: In diesem waltam losgerissenen Stück Deutschland wird die Probe auf den Bestand des Reiches gemacht.“

Dr. K.

„Schriften an die Nation.“ — Der bekannte Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg, hat im Rahmen der „Schriften an die Nation“ eine größere Anzahl von Bänden zum Preise von je 1 K herausgebracht, die sich — jedes auf anderem Gebiet — mit dem Gegenwartsfragen der Nation auseinandersetzen. Wir wollen vor allem hier auf H. Bauer, „Das Schwert im Osten. Die Staatschöpfung des Deutschen Mittelalters in Preußen“, eine klare und geistreiche Darstellung des über die Jahrhunderte fortwährenden staatspolitischen Werkes des Ordens; ferner auf Frau Mariaux: „Kationale Außenpolitik“, eine Schrift, in der sich der geistvolle Verfasser mit den Erfordernissen und Grundlagen der deutschen außenpolitischen Entwicklung auseinandersetzt; auf Hans Schlang-Schöningen: „Acker und Arbeit“, ein Bändchen, das ebenso die wirtschaftlichen wie weltanschaulichen Probleme der Umstellung der deutschen Bodens auf Vond und das Problem der antarken Volkswirtschaft behandelt; und schließlich auf Werner Baumelbur: „Der Solbald von 1917“, ein Auszug aus „Sperreuer von Deutschland“, eine meisterhafte Charakteristik des Verhältnisses von Mensch und Material an der Westfront, an der die Streitgeneration entstand, die heute zum Träger der deutschen Neugestaltung herangezogen ist.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Der junge Ostmärker“ 16 Seiten.

Wieder sagt das Weihnachtsfest. Fürjüngere Liebe sint, mit welchen Gaben sie Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie nur praktischen Gutes denken. Kennen wir j. B. nur Magg's bewährte Erzeugnisse: Magg's Würste, Magg's Suppen, Magg's Fleischbrühe! Sie haben Saubheit, willkommener Sinn. Durch ihre vielseitige Verwendbarkeit helfen sie nicht nur Fleisch, Rohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Kocharbeit.

Ostmärkische Geschäfteleute

tun im eigenen Interesse gut, sich durch eine

Anzeige in unserem vielgelesenen „Ostfand“

für Weihnachtseinkäufe und -bestellungen und für sonstige Aufträge in Erinnerung zu bringen. Wie soll man seinen Landsmann unterstützen, wenn man seine Ansicht nicht kennt?

In jede Küche gehören:

MAGG' Erzeugnisse

• Würze-Suppen-Fleischbrühe •
sie helfen sparsam wirtschaften

• Sammeln Sie MAGG-Gutscheine •

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschäftshilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin W. 30, Mohlftraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

**Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung** (im Rahmen
der uns zur Verfügung stehenden Mittel)
**Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditgelegenheiten**
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

**Beamtenwitwe
sucht
2 Zimmer
und Küche**
in kleiner Stadt am
Dorf zum Januar
oder später, möglichst
1 Et., nahe Berlin.
Offerten unter 2776 an
das Ostland erbeten.

**Eilt! Eilt!
Seltene!**
Ja, maßiges Grundst. mit
Kolonia- u. Wirtschaftsrteilen, auch
für Holz- und Kohlen-
geschäft gut geeignet,
3 Zimmer, Bad, ufw.,
in großem Dorf bei
Wrienen an der Ober-
Brandh., 3000 bis 4000
Mk. Preis fest, auch ohne
Wohnung zu vermieten.
Erwerb. für Waren ca.
2000 M. Sofort oder
später zu übernehmen.
(Kaufporto.) Off. unter
H. G. 205 postl. an
Heutebin (Dberbr.).

**Moderner
Laden**
mit Neben- u. Wohnz.
in vornehmster Ge-
gend der Universitäts-
Kaufstraßewahl. Kom-
per **s o f o r t** zu
vermieten.
**C. Rathke
Greifswald**
Schuhhagen 1.

Ostmärker
trotet unjer Sterbe-
falle bei. Nähere
Auskunft erteilt die
Nachbesitzerin des
Deutschen Ostbundes,
Berlin W. 30, Mo-
hlftraße 22.

Weihnachtsbitte!
Eine evang. Stedter-
gemeinde im Kreise
L i a t o w, Grenzamt
Polen-Westpreußen, an
der polnischen Grenze
gelegen, sucht für ihr
Verhaus, das aus dem
früheren Gutshause ge-
bildet ist, ein gut er-
haltenes Klavier oder
noch besser Pianonum
zur Begleitung des Ge-
meindeorgans. Wer
fann ein solches In-
strument liefern oder
bitte Angebots (K. 61.10.)
Off. Angebots durch
den Deutschen Ostbund,
Berlin, Mohlf. 22. erb.

Existenz In der Schweiz!
Schöner **Gasthof** mit großem Tanz-
und Theateraal, Wirtschaft, 2 Verkaufsläden,
in industriereicher Gegend zu verkaufen.
Notepatient. Zuschristen unter 2764 an das
Ostland erbeten.

Durch Tod der Eltern
vereinigte Seltene-
Lichter, selbste, evangl.,
38 Jahre, 1.62 groß,
wünscht Ehemann-
schaft mit älter., ebel-
mütigem Beamten
zwecks
glücklicher Ehe.
Zuschristen mit näheren
Angaben unter „3.30“
Karlsruhe Rhein
hauptpostlagernd.

Weihnachtswunsch!
D. Märlerin, Witwe, ev.,
56 Jahre alt, H. Ver-
mögen vorh., wünscht
die Bekanntschaft eines
älter., Herrn, Pensionär
oder Rentenerpänger
mit H. Landwirtschäft
bevorzugt, zwecks später.

Heirat
fennengulernen. Zu-
schristen unter 2772 an
das Ostland erbeten.

Molkerei
in Stadthetrieb Sämtl.
Ware wird zu Klein-
verkaufspreisen an zwei
Wagen abgehoben. W.
30000 M. Anzahlung
10000—12000 M. Nur
Fachmann kommt in
Frage. Wkt. untr. 2775
an das Ostland erbeten.

Ostmärket Pensionsstellen Glänzende Existenzen!

Gruppe	Preis
Gruppenfabrik mit Maschi- nenpark in Stettin	12 000
Bäckereigrundstück m. Garten u. gr. Wiese, Nähe Eberswalde	22 000
Landwirtsch. Grundst. (120 Ha.) m. Hofst. See i. d. Ufermarkung	30 000
Gelbst m. gr. Seifsaal, Bühne u. Regelbahn in Verort von Dresden	25 000
Wohn- u. Geschäftsrundst. m. Getreide-, Futter- u. Düngem- ittelgeschäft, Nähe Köslin	30 000
Spezial-Strumpfgelbst i. mittl. Stadt, Nähe Magdeburg	Preis: 10 000
Rittergut m. Schloß (806 Mg.) i. d. färb. Faustl.	30 000
Kolonialwaren- u. Delikatessen- geschäft in Straßburg	Preis: 7 000
Tobakgründstück m. Wohnhaus i. Baden	26 000
Restaurationsgrundst. (Schloß) in Köpenhagen (Schloß)	10—15 000
Villengrundstück m. allem Kom- fort u. herrl. Obj. u. Zier- garten in Hof (Bayern)	25 000
Wohnhaus (7 Zimmer) in Brau- dt. (Schweiz)	sfr. 12 000
Gelbstgründstück m. Kolonial- waren-Holz, Nähe Wismar	6 000
Spagerei (auch für jeden an- deren Industrieweg geeignet) in Weimar	n. Vereinb.
Gelbst (Doppelgrundst.) m. gr. Seifsaal i. färb. Ergeb.	15 000
Hotel m. Restauration u. Café i. bedeut. Kreisstadt d. Ostmark	40 000
Wohn- u. Geschäftsm. in Hin- tergebäude i. Kreisstadt	n. Vereinb.
Hotel u. Demograndstück m. Restaurationbetrieb i. Eisen- moorbad, Nähe Wittenberg	30 000
Gelbst m. Gesellschaftsaal, Café u. Diele i. leb. Stadt Chü- ringens	n. Vereinb.
Herrschafthaus mit Wirtschaft- gebäude (für jeden Zweck geeignet) i. d. Faustl, Nähe Dorf	n. Vereinb.
Pandhaus (7 Zimmer) herrlich gelegen am Jülichsee, sfr. 50—55 000	n. Vereinb.
Milchgrundstück verb. m. Seif- molefabrik i. Württ.	n. Vereinb.
Pappenfabrik m. Wohnhaus in Württemberg	n. Vereinb.
Wohn- u. Eiswarenfabrik mit Nachschankerei in bedeutender Stadt, Nähe Rastl	Preis: 42 800
Landwirtschäft. Gut bei Lugano (Schweiz)	Preis: sfr. 60 000
Dreifamilien-Villa im Ostseebad Warnemünde	22 000
Schreiberschäftl. Villa (12 Zim.) i. Dresden-Weißer Hirs.	40 000
Gelbstgrundstück m. Seifgesch., Landwirtsch. u. Zimmerkalt i. d. deutschen Schweiz jenseits Bern u. Zürich	sfr. 30 000
Hotelgrundst. m. Seifsaal i. leb- hafter Industriekstadt d. Wol- denburg, Berglandes	20 000
Hotelgrundstück (20 Fremdenzim.) i. Luftkurort Chloß	20—25 000
Tobakgründstück m. Maschinen- park (beim Weber) b. Cau- dan i. Schaffen	n. Vereinb.
Bild-Propaganda kostenlos durch:	

KOCH & Co., Berlin W 35
Örberstraße 1. Tel.: 82 Lützow 5933.

Der „**Ostdeutsche Heimatkalender**“ führt auf über 2000 und Fortsetzung des germanen Ostbundes, er
beschränkt besonders bei am idarsten umfänglichen Ziel der deutschen Ostfront, die uns von Polen gerandete
Gebiete und die immer notleidende und beschleunigte Ostmark. Er enthält literarische, historische, geographische
Angaben — in den folgenden beschriebenen Nummer des Ostens bietet er reiches Material für jeden, der sich
mit Ostfragen befaßt. In der Zeitungen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausblick auf dem literarischen
Schaffen der Ostmark! Alle wertvolle Stoffe sind Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entdecken

Deutscher Ostbund, Kulturarbeitung, Berlin W 30, Motzstraße 22.
Ausgaben! — Als Druckgabe jedem!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933“
zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.
Zugänglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Post-
scheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzatreffendes bitte durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Poststation:

(Name und Poststation genau ausfüllen.)